



Die Kommunale Gesundheitskonferenz in NRW. Aktualisierte Planungshilfe zur Unterstützung der Arbeit der Kommunalen Gesundheitskonferenzen.

Erarbeitet und beschlossen durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
der Klausurtagung der Geschäftsstellen 2013.

Gesundheitsförderung Infektionsschutz Gesundheitsdaten Pharmazie Gesundheitswirtschaft Versorgung

Die Kommunale Gesundheitskonferenz in NRW.
Aktualisierte Planungshilfe zur Unterstützung der
Arbeit der Kommunalen Gesundheitskonferenzen.

Erarbeitet und beschlossen durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
der Klausurtagung der Geschäftsstellen 2013.

Impressum

Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen (LZG.NRW)
Westerfeldstraße 35/37
33611 Bielefeld

Telefon 0521 8007-0
Fax 0521 8007-3200
www.lzg.nrw.de
poststelle@lzg.nrw.de

Autoren
Wolfgang Klier, Köln
Thilo Koch, StädteRegion Aachen

Der Text wurde diskutiert, redigiert und beschlossen durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Klausurtagung 2013.

Redaktion und Bearbeitung
Wolfgang Klier, Köln
Thilo Koch, StädteRegion Aachen
Christel Kunz, Kreis Gütersloh
Angelika Rasseck, Gelsenkirchen

Akzeptiert durch den Gesundheitsausschuss des Städtetages und zustimmend zur Kenntnis genommen durch den Gesundheitsausschuss des Landkreistags Nordrhein-Westfalen.

Namensbeiträge geben die Meinungen der Verfasser wieder. Sie entsprechen nicht unbedingt der Auffassung des Herausgebers.

Layout und Verlag
LZG.NRW

Das LZG.NRW ist eine Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter.

Bildnachweis
Titelbild: LZG.NRW

Druck
LZG.NRW

Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des LZG.NRW.

Bielefeld, im Juni 2015

ISBN 978-3-88139-199-3

Inhalt

| | |
|---|----|
| Einleitung | 7 |
| 1. Die Kommunale Gesundheitskonferenz | 8 |
| 2. Wahrnehmung der Geschäftsführung | 8 |
| 3. Ziele | 8 |
| 4. Aufgaben | 9 |
| 5. Leistungen der Kommunalen Gesundheitskonferenzen im Überblick | 9 |
| 6. Mitglieder | 10 |
| 7. Organisationsstruktur | 10 |
| 8. Kommunale Gesundheitsberichterstattung (GBE)..... | 11 |
| 9. Ausstattung und Ressourcen der Geschäftsstelle | 11 |
| 10. Die Themen der kommunalen Gesundheitskonferenzen | 12 |
| | |
| Anhang I Posterabbildungen aus der Fachtagung „Bilanz und Perspektiven der Kommunalen Gesundheitskonferenzen in Nordrhein-Westfalen“ vom 07.05.2015. | 13 |
| Anhang II Die gesetzliche Grundlage der Kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW | 53 |

Einleitung

Einleitung

Als in Nordrhein-Westfalen am 01.01.1998 das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst als Teil des Gesetzes zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in Kraft trat, wurde u. a. auch die Einführung der Kommunalen Gesundheitskonferenzen (KGK) als Pflichtaufgabe der Kommunen gesetzlich verankert. In den seitdem vergangenen Jahren ist die KGK im Land flächendeckend zu einer Institution mit eingespielter Praxis geworden, die in den Kommunen bürgernah, angepasst an die jeweils örtlichen Verhältnisse und unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure und Interessengruppen vor Ort die Themen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, Gesundheitsförderung und Prävention kontinuierlich behandelt, gegebenenfalls Defizite und Handlungsbedarfe identifiziert und benennt und wichtig! einvernehmlich und kooperativ Lösungswege erarbeitet und gemeinsam umsetzt.

Mehrere wissenschaftliche Untersuchungen¹ belegen,

- dass die Akteure vor Ort den Wert funktionierender Kooperationsstrukturen in der KGK zu schätzen gelernt haben,
- dass durch das bei der Entscheidungsfindung geltende Konsensprinzip ein Klima des Vertrauens und

eine Kultur der Kooperation unter den Beteiligten entstanden ist und

- dass es gelungen ist, über verbesserte Transparenz Ressourcenverschwendung durch ungeplante Doppel- oder Parallel-Aktivitäten und durch Konkurrenz zu vermeiden und stattdessen Synergieeffekte zu erzielen.

Die KGK hat sich also bewährt, man kann sogar sagen, sie hat beispielhaften und zukunftsweisenden Charakter, was u. a. daran zu erkennen ist, dass sie mittlerweile zum Vorbild und Modell für andere Bundesländer geworden ist (z. B. Baden-Württemberg, Niedersachsen).

Das vorliegende Papier...

- gibt auf der Basis einer mehr als 15-jährigen Erfahrung in den 53 Kreisen, kreisfreien Städten und der StädteRegion Aachen des Landes NRW in knapper und übersichtlicher Form eine Darstellung der Ziele, Aufgaben und Funktionsweise der KGK und
- beschreibt Aspekte für ein gutes Funktionieren der KGK unter Berücksichtigung personeller, organisatorischer und sachlicher Fragen.

¹Vgl. hierzu z. B. Fakultät für Gesundheitswissenschaften Universität Bielefeld, Institut für Medizinische Soziologie, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Hrsg. .): Ortsnahe Koordinierung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zu einem Modellvorhaben. Düsseldorf: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit NRW; 2000 Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW (Hrsg. .), Evaluation des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) des Landes NRW; Abschlussbericht . Bearb. BearingPoint/FOGS Düsseldorf: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW 2003

Beispiele guter Praxis der Kommunalen Gesundheitskonferenzen wurden im Rahmen der Fachtagung am 07.05.2015 vorgestellt und anschließend in den Anhang dieses Papiers aufgenommen.

Darüber hinaus enthält der Anhang einen Überblick über die gesetzlichen Grundlagen durch eine Zusammenstellung der relevanten - die KGK mittelbar oder unmittelbar betreffenden - Paragraphen aus dem Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG).

Warum ein solches Papier, für wen und warum gerade jetzt?

Zurzeit befinden sich Politik und Verwaltungen der Kommunen in einer schwierigen, oft prekären Lage: Dies ist der richtige Zeitpunkt, um auf die Bedeutung der Arbeit der KGK und ihrer Akteure hinzuweisen, sowie den Blick auf die qualitätssichernden Aspekte ihrer Arbeit zu schärfen.

1. Die Kommunale Gesundheitskonferenz

Kommunalpolitisches Instrument

Die KGK stellt ein zentrales kommunalpolitisches Instrument zur Abstimmung und Zusammenarbeit aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligten dar. Auf diese Weise dient sie der Verbesserung der Kommunikation und Koordination der zahlreichen Akteure des Gesundheitswesens auf kommunaler Ebene.

Die Bedeutung der KGK findet ihren Ausdruck in der Wertschätzung des Gremiums durch Kommunalpolitik und Verwaltung und in der Positionierung der KGK an den Schnittstellen zwischen den politischen Gremien und der Kommunalverwaltung.

- Die Einberufung der KGK und - namentlich - ihrer Vertreterinnen und Vertreter erfolgt durch den Rat oder Kreistag.
- Mitglieder des für Gesundheit zuständigen Ausschusses des Rates oder des Kreistages gehören der KGK an.
- Die KGK wirkt an der Gesundheitsberichterstattung durch Empfehlungen und Stellungnahmen mit, diese werden mit dem Bericht dem Rat oder Kreistag zugeleitet.

Darüber hinaus spiegelt die Besetzung des Vorsitzes der KGK den Stellenwert des Themas Gesundheit in der Kommune wider: Der Vorsitz wird in der Regel durch eine hochrangige Person der Verwaltung, oft durch die zuständige Dezernentin oder den zuständigen Dezernenten für Gesundheit, wahrgenommen.

Vorbereitung kommunalpolitischer Zielrichtung

Die KGK bereitet Beschlüsse zur gesundheitspolitischen Zielrichtung und zu gesundheitspolitischen Handlungsstrategien einer Kommune vor. Da die in der Konferenz vertretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Regel mit eigener Entscheidungskompetenz ausgestattet sind, können die in der KGK einvernehmlich beschlossenen Handlungsempfehlungen von allen Beteiligten - in Selbstverpflichtung - umgesetzt werden.

2. Wahrnehmung der Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der KGK wird durch die Untere Gesundheitsbehörde wahrgenommen, die dazu eine Geschäftsstelle einrichtet, die ausreichend mit speziell für diese Aufgabe qualifiziertem Personal ausgestattet ist.

Viele Kommunen haben gute Erfahrungen mit einer direkten Anbindung der Geschäftsstelle an die Amtsleitung gemacht.

3. Ziele

Übergeordnetes Ziel der KGK ist die enge Abstimmung und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller vor Ort an der Gesundheitsversorgung Beteiligten.

Dabei steht die Beratung gemeinsam interessierender Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf örtlicher Ebene im Vordergrund, insbesondere Bedarfsabschätzungen und Verfahrensfragen mit dem Ziel von Handlungsempfehlungen - so weit dazu Bedarf besteht. Kommunikation und Koordination der zahlreichen Akteure des Gesundheitswesens können so verbessert, gesundheitliche Angebote - durch Abstimmung und zielgerichtete Bündelung - effektiver und effizienter gestaltet werden. Darüber hinaus kann eine verstärkte Zusammenarbeit und Abstimmung auch mit anderen politischen Bereichen erreicht werden.

- Die Transparenz der Leistungsangebote wird erhöht, Doppelstrukturen vermieden und Synergieeffekte erzielt.
- Die Gesundheitsförderung sowie die Versorgungssituation wird optimiert, das Angebot der Leistungen bürgernah ausgerichtet.
- Dem Bedarf entsprechende, jedoch noch fehlende Dienste werden eingerichtet und überflüssige vermieden, indem den Ursachen für mangelnde Abstimmung und Leistungslücken unter Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen gemeinsam entgegengewirkt wird.

- Die lokale Feinsteuerung wird intensiviert. Dabei wird eine Verzahnung und Vernetzung von Angeboten und Trägern erreicht.

4. Aufgaben

Die KGK ist das zentrale Koordinierungsgremium im gesundheitlichen Bereich in einer Kommune, das alle gesundheitsbezogenen Akteure zusammenführt und koordiniert.

Gegenstand der Arbeit der KGK sind alle Themenfelder der gesundheitlichen Versorgung, der gesundheitlichen Prävention und der Gesundheitsförderung, die koordinations- und/oder transparenzbedürftig sind.

Die KGK berücksichtigt kommunale Gesundheitsziele in Abhängigkeit von den örtlichen Bedingungen und legt in Abstimmung und unter Nutzung des kommunalen Sachverständes Prioritäten für die Themenbearbeitung fest.

Zur Entwicklung adäquater Maßnahmen zur Bewältigung der gesundheitlichen Problemlagen beauftragt die KGK Arbeitsgruppen. Die von diesen vorgeschlagenen Maßnahmen münden, nach Diskussion in der KGK, in die Verabschiedung von Handlungsempfehlungen. In diesen werden alle zur Realisierung der angestrebten Ziele erforderlichen Arbeitsschritte und Ressourcen und möglichst alle an der Durchführung der jeweiligen Maßnahmen zu beteiligenden Akteure benannt.

Die Umsetzung dieser Empfehlungen und Maßnahmen erfolgt in Selbstverpflichtung durch die Mitglieder der KGK.

Für den Erfolg dieses Weges stehen Erfahrungen und Beispiele aus 15 Jahren KGK.

5. Leistungen der Kommunalen Gesundheitskonferenzen im Überblick

- Die KGK gibt Handlungsempfehlungen zur Beseitigung von Versorgungsdefiziten.
- Die KGK stimmt Versorgungsangebote sektorübergreifend ab und leistet einen Beitrag zur Verbesserung des Zusammenwirkens der verschiedenen Akteure des Gesundheitswesens.
- Die KGK trägt zur Erschließung kommunaler Ressourcen und zur Ausschöpfung der Handlungsspielräume der verschiedenen beteiligten Professionen, Einrichtungen und Akteure vor Ort bei.
- Die KGK greift gesundheitsbezogene Themen auf, die sich aus der demografischen Entwicklung der Bevölkerung ergeben.
- Die KGK betont die soziale Bedeutung des Gesundheitswesens („Konkrete Versorgungsnotwendigkeiten dürfen nicht hinter ‘Fällen’, ‘Strukturen’ und ‘Systemen’ verschwinden“).
- Die KGK bereitet Beschlüsse zur gesundheitspolitischen Zielrichtung und zu gesundheitspolitischen Handlungsstrategien einer Kommune vor. Da die in der Konferenz vertretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Regel mit eigener Entscheidungskompetenz ausgestattet sind, können die in der KGK einvernehmlich beschlossenen Handlungsempfehlungen von allen Beteiligten - in Selbstverpflichtung – umgesetzt werden.
- Die KGK trägt dazu bei, die Sensibilität zu steigern, die notwendig ist, sich auf die besondere Situation kranker Menschen bewusst einzustellen.
- Die KGK koordiniert die Aktivitäten der vor Ort im Gesundheitsbereich tätigen Akteure und Anbieter unter Beachtung derer Interessen. Auf dieser Grundlage kann die KGK Maßnahmen einvernehmlich entwickeln und effektiv umsetzen.
- Die KGK stärkt und intensiviert die Kultur des Dialogs (Arbeit nach dem Konsensprinzip).
- Die KGK stärkt die Kooperationskultur zwischen den Fachberufen.
- Die KGK greift Impulse von der Landesebene auf und bringt ihrerseits Impulse aufgrund kommunaler Erfahrungen in Beratungen und Entschließungen der Landesgesundheitskonferenz ein.
- Die KGK trägt zur geschlechtsspezifischen und sozialen Gerechtigkeit bei.
- Die von der KGK initiierten Maßnahmen tragen zur Förderung der Quartiersentwicklung und der Zusammenarbeit im Sozialraum bei.
- Die KGK trägt zur Gesundheitsinformation und – aufklärung der Patientinnen und Patienten bei und macht den Bürgerinnen und Bürgern qualifizierte Information und Beratung zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements und zur Förderung von Selbsthilfeaktivitäten zugänglich.
- Die KGK fördert Strukturen und Angebote, die im Konfliktfall Nachteile für Patientinnen und Patienten – aufgrund deren fachlicher Unterlegenheit und subjektiven Betroffenheit – vermeiden helfen.
- Die KGK unterstützt die Eigenaktivierung von Betroffenen und das bürgerschaftliche Engagement.
- Die KGK erhöht die Transparenz im Gesundheitswesen – insbesondere bezüglich der Qualität der Leistungsangebote. Sie unterzieht die Qualität der Leistungen einer ständigen kritischen Rückkopplung.
- Die KGK formuliert Qualitätsansprüche an das Gesundheitswesen besonders auch aus der Perspektive von Betroffenen.

- Die KGK bindet in angemessener Weise die Bürgerinnen und Bürger, Patientinnen und Patienten in Diskussions- und Entscheidungsprozesse im Gesundheitswesen ein.

6. Mitglieder

Der Rahmen für die Zusammensetzung der KGK wird in § 24 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst beschrieben. Zu den Mitgliedern gehören in der Regel Repräsentanten

- der Leistungserbringer (Ärzteschaft, Krankenhäuser, etc.),
- der Kostenträger (Krankenkassen, Rentenversicherungsträger, etc.)
- der Patientinnen und Patienten (z. B. Selbsthilfegruppen, Einrichtungen für Patientenschutz, etc.),
- des für Gesundheit zuständigen Ausschusses des Rates oder des Kreistages sowie des Gesundheitsamtes,

also der Institutionen, die für eine umfassende Diskussion verschiedenster gesundheitsbezogener Themenfelder notwendig sind.

Die Beteiligung weiterer Einrichtungen bzw. Organisationen liegt in der Zuständigkeit der KGK.

7. Organisationsstruktur

Arbeitsgruppen

Das Kernelement der KGK ist die Arbeit in Arbeitsgruppen. Hier erfolgt ein Großteil der inhaltlichen Diskussion wie auch der Konzipierung von Maßnahmen. Dabei können über die Mitglieder der KGK hinaus auch externe Experten zur Mitwirkung berufen werden.

Sitzungsfrequenz

Die Sitzungen der KGK werden jährlich ein bis zwei Mal und zusätzlich nach Bedarf durchgeführt.

Vorsitz

Den Vorsitz der KGK übernimmt ein hochrangiges Mitglied der Kommunalverwaltung. In der Regel ist dies die für Gesundheit zuständige Dezernentin oder der für Gesundheit zuständige Dezernent.

Geschäftsordnung

Die Durchführung der Aufgaben der KGK wird in der Regel über eine Geschäftsordnung unter Berücksichtigung folgender Punkte geregelt:

- Themenauswahl und -priorisierung
- Bildung und Zusammensetzung von Arbeitsgruppen
- Sitzungsfrequenz und Teilnahme

- Sitzungsleitung
- Öffentlichkeit der Beratung und Beteiligung von Bürgern
- Abstimmungsmodalitäten zur Beschlussfassung hinsichtlich der Empfehlungen und der zu bearbeiteten Themen.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der KGK und ihrer Arbeitsgruppen und alle damit verbundenen Koordinationsaufgaben sind nach § 23 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst durch die untere Gesundheitsbehörde wahrzunehmen.

Vernetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenzen

Ein Transfer der KGK-Ergebnisse zur Pflegekonferenz (Konferenz Alter und Pflege) und weiteren relevanten Gremien wie auch umgekehrt ist gängige Praxis.

Als hilfreich hat sich die Zusammenarbeit der Geschäftsführungen der KGK mit regionalen/überregionalen oder nach strukturellen Merkmalen (z. B. Großstädte) gebildeten Netzwerken/Arbeitsgemeinschaften erwiesen.

Zusammenarbeit mit der Landesregierung

Das Landeszentrum für Gesundheit - LZG.NRW ist ständiger Ansprechpartner und Dienstleister für die Geschäftsstellen der KGK. In diesem Zusammenhang treffen sich alle Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der KGK aus NRW einmal jährlich unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern des Gesundheitsministeriums zu einer Klausurtagung. Diese wird initiiert und organisiert durch das LZG.NRW mit dem Ziel des Gedanken- und Erfahrungsaustausches zu Fragen, Problemen und Entwicklungsbereichen.

Mitgliedschaft in der Landesgesundheitskonferenz

Drei von den Teilnehmern der Klausurtagung bestimmte Vertreterinnen und Vertreter der Geschäftsführungen der KGK arbeiten als ständige Mitglieder im Vorbereitenden Ausschuss der Landesgesundheitskonferenz mit.

Sie haben zugleich Sitz und Stimme in der Landesgesundheitskonferenz und berichten den KGK-Geschäftsführungen über ihre Arbeit im Vorbereitenden Ausschuss und in der Landesgesundheitskonferenz.

Auf diese Weise ist sichergestellt, dass die KGK als Bindeglied zwischen der Landesebene und den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen fungieren können: Die KGK greifen Themen und Initiativen von der Landesebene auf und bringen ihrerseits kommu-

nale Erfahrungen, Problemstellungen und Lösungsansätze in Beratungen und Entschließungen der Landesgesundheitskonferenz ein.

8. Kommunale Gesundheitsberichterstattung (GBE)

Wie die KGK ist auch die Gesundheitsberichterstattung als kommunale Aufgabe im ÖGDG gesetzlich festgeschrieben (§ 21 ÖGDG, Kommunaler Gesundheitsbericht). Sie wird definiert als Lagebeschreibung und Ermittlung von vordringlichen Handlungsbedarfen im Hinblick auf die gesundheitliche Lage und Versorgung der Bevölkerung bzw. von bestimmten Bevölkerungsgruppen. Gesundheitsberichterstattung zieht dazu gesundheitsbezogene Daten und Informationen heran, bewertet sie, analysiert sie und stellt sie verdichtet und adressatenorientiert dar. Gesundheitsberichterstattung ist auf Wiederholbarkeit und Vergleichbarkeit angelegt.

Auf der Basis von Indikatoren und anderen Informationsgrundlagen erstellt die Gesundheitsberichterstattung entsprechende Berichte, beschreibt Handlungsbedarfe und schafft dadurch die Voraussetzung für die Formulierung und Festsetzung von Gesundheitszielen durch die KGK.

Die GBE ist eine der Grundlagen für kommunale Planungs- und Umsetzungsprozesse und kann zugleich der Kontrolle und Qualitätssicherung bei der Umsetzung der Empfehlungen der KGK dienen.

Die kommunale Gesundheitsberichterstattung ist damit ein wichtiger Baustein in der Arbeit der KGK.

9. Ausstattung und Ressourcen der Geschäftsstelle

Nach § 23 ÖGDG obliegt die Geschäftsführung der KGK und ihrer Arbeitsgruppen der unteren Gesundheitsbehörde. Sinnvoll ist in jedem Fall eine enge Anbindung an den Bereich der Gesundheitsplanung, -förderung oder -berichterstattung.

Aufgaben der Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle der KGK ist Koordinations- und Anlaufstelle für alle Fragen der Koordinierung der gesundheitlichen Versorgung auf kommunaler Ebene.

Zu ihren Aufgaben zählt

- die Organisation und Koordination der KGK und ihrer themenbezogenen Arbeitsgruppen. Dies beinhaltet die Unterstützung der Arbeit der genannten Gremien durch Vor- und Nachbereitung, Informationsbeschaffung, Projektmanagement, Evaluation sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

- Die Geschäftsstelle nimmt ihr Aufgabenspektrum wahr zwischen dem Vorsitz der KGK (Dezernent/Dezernentin), der unterer Gesundheitsbehörde, den politischen Gremien und der Gesundheitskonferenz (und deren Arbeitsgruppen) und ist Ansprechpartner für alle Akteure.
- Die Geschäftsstelle stellt die für die KGK und ihre Arbeitsgruppen benötigten Informationen bereit. Eine enge Zusammenarbeit mit den betreffenden Ämtern der Städte und Kreise, sowie mit den in der KGK vertretenen Akteuren (z. B. Krankenkassen, Ärzteschaft, Selbsthilfegruppen...), dem Landeszentrum Gesundheit und den übergeordneten Behörden (Bezirksregierungen, Ministerien) ist dazu unerlässlich.

Strukturelle Rahmenbedingungen

Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist die Integration der Geschäftsstelle der KGK in die untere Gesundheitsbehörde und in die Kommunalverwaltung sowie die Zusammenarbeit mit anderen Ämtern und Dezernaten. Der Stellenumfang und die Ausgestaltung der Stelle richten sich nach den örtlichen Gegebenheiten. Personelle Kontinuität in der Besetzung der Geschäftsstelle ist für die Aufgabenerfüllung unerlässlich.

Qualifikation der Geschäftsstellenleitung

Die Geschäftsstellenleiterin bzw. der Geschäftsstellenleiter nimmt Koordinationsfunktionen qualifiziert wahr und bearbeitet Probleme der gesundheitlichen Versorgung. Als zielführend erweisen sich z. B. folgende fachliche Qualifikationen:

- Eine gesundheitswissenschaftliche Ausbildung und/oder
- langjährige Erfahrung im Bereich kommunaler Gesundheits- und Sozialverwaltung und/oder
- langjährige Erfahrung im Bereich der Psychiatrie-, Sucht- oder Aids-Koordination oder der kommunalen Gesundheitsplanung und
- Erfahrungen in der Netzwerkbildung/Netzwerkarbeit.

Auch Erfahrungen in der jeweiligen kommunalen Verwaltung sind im Hinblick auf die enge Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung von Vorteil, da eine Geschäftsstellenleiterin bzw. ein Geschäftsstellenleiter damit über spezifische Kenntnisse der kommunalen Verwaltungsstrukturen verfügt. Eine gute Orientierung in dem komplexen Akteursgeflecht der jeweiligen gesundheits- und sozialpolitischen Agenda ist erforderlich.

An persönlichen Eigenschaften sollte die Geschäftsstellenleiterin bzw. der Geschäftsstellenleiter Verhandlungsgeschick, Durchsetzungsvermögen und Überzeugungskraft besitzen. Mit seiner/ihrer sozialen Kompetenz sollte es ihm/ihr möglich sein, Kon-

flikte beilegen zu können und eine Arbeitsatmosphäre zu schaffen, welche die Akteure zu einer breiten Mitarbeit motiviert. Die Geschäftsstellenleiterin bzw. Geschäftsstellenleiter in sollte in interdisziplinären Zusammenhängen denken und die gesellschaftspolitische Relevanz der Themen der KGK einschätzen und einordnen können.

Externe Ressourcen

Die Effektivität sowohl der Arbeit der Geschäftsstelle als auch der Arbeit der KGK lässt sich steigern, wenn auch auf externe Ressourcen zurückgegriffen wird bzw. wenn die Arbeit auf kommunaler Ebene überregional vernetzt wird.

Solche externen Ressourcen sind z. B.:

- Das Landeszentrum Gesundheit, das Unterstützung durch Informations- und Datenservice, Angebot von Planungshilfen, Fachtagungen, Unterstützung von Projektplanungen und -umsetzungen und Beratung zu Themen und Methoden anbietet.
- Die Geschäftsstellen anderer KGK. Hier bieten sich entweder Arbeitsgemeinschaften bzw. Kooperationsverbände im eigenen regionalen Umfeld oder von gleich oder ähnlich strukturierten Kommunen an (Informations- und Erfahrungsaustausch, gegenseitige inhaltliche Anregung, Lernen am guten Beispiel ...).
- Zusammenarbeit mit anderen Ämtern (hier insbesondere Sozialamt, Jugendamt, Umweltamt, Statistisches Amt, Schulamt, Planungs- und Entwicklungsamt) zur Nutzung lokaler Expertise (Informationen, Hinweise, Empfehlungen zu spezifischen Problemen in der Kommune).
- Zusammenarbeit mit medizinischen/sportwissenschaftlichen und/oder gesundheitswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten (wie etwa Aachen, Bielefeld, Düsseldorf, Köln).

10. Die Themen der kommunalen Gesundheitskonferenzen

Die KGK ist ein Konsensgremium, Themen wie auch später die Beschlüsse werden einvernehmlich beschlossen. Die Themenwahl erfolgt nach kommunalen Anforderungen und Bedarfen. So behandeln die Gesundheitskonferenzen ein breites Themenspektrum vor Ort relevanter Problemfelder.

Wichtig ist, dass die Interventionsbereiche nicht nur für die Kommune von Bedeutung sind, sondern auch vor Ort bearbeitbar und lösbar sind. Weitere Kriterien für erfolgreich zu bearbeitenden Themen sind Kooperationsrelevanz und eine möglichst konkrete Ziel- und Aufgabenbeschreibung.

Wichtige Schwerpunkte der letzten Jahre waren:

- Sucht, Drogen, Abhängigkeitserkrankungen
- Kinder- und Jugendgesundheit
- Gesundheit alter Menschen
- Psychiatrie (Allgemein, alte Menschen, Kinder),
- Gesundheitsförderung,
- chronisch Kranke,
- Patientenüberleitung.

Daneben stehen in den Konferenzen immer wieder grundsätzliche Fragen der Vernetzung und Koordinierung oder der Gesundheitsberichterstattung auf der Agenda. Auch Probleme in der Ansprache bestimmter Bevölkerungsgruppen wie sozial benachteiligter Menschen oder von Migrantinnen und Migranten werden ebenfalls thematisiert.

Die Sammlung von Beispielen aus der Arbeit der kommunalen Gesundheitskonferenzen im Anhang zeigt eindrucksvoll die Spannweite der Aktivitäten und die Bedeutung der hier erzielten Ergebnisse für die Verbesserung der kommunalen gesundheitlichen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Auffällig ist, dass in den letzten Jahren zunehmend solche Themen Gegenstand der Arbeit wurden, die ein ressortübergreifendes Zusammenwirken erfordern oder strukturverändernd wirken. Beispiele sind hier die Frühen Hilfen, Arbeitslosigkeit und Gesundheit, Gewalt oder die gesunde Quartiersentwicklung und die Verbesserung von Versorgungsangeboten.

Anhang I

Posterabbildungen aus der Fachtagung „Bilanz und Perspektiven der Kommunalen Gesundheitskonferenzen in Nordrhein-Westfalen“ vom 07.05.2015.



Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Bündnis gegen Depression Region Aachen

Ein präventives Aktionsprogramm zur Verbesserung der Versorgung depressiv erkrankter Menschen

Kommunale Gesundheitskonferenz StädteRegion Aachen

StädteRegion
Aachen

4-Ebenen-Aktionsprogramm - Ziele:

- Verbesserung von Diagnostik und Therapie depressiv erkrankter Menschen
- Entstigmatisierung des Krankheitsbildes „Depression“ in der Öffentlichkeit
- Rückgang der Suizidalität (Suizidversuche)



- Information an alle Hausärzte
- Schulung in Kooperation mit der Ärztekammer, der AG Aachener Hausärzte und dem Gesundheitsamt
- Fortbildung durch Apothekerkammer
- Plakat- und Flyeraktion mit den Hausärzten

Kooperation mit Hausärzten

- Train-the-Trainer-Seminare für Ärzte und Psychologen
- Multiplikatorenschulungen für Justizvollzugsbeamte, Altenpfleger, Hebammen, Lehrer, Apotheker

Zusammenarbeit mit Multiplikatoren

Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung

- Auftaktveranstaltung
- Regelmäßige Vortragsreihe mit rund 50 Veranstaltungen,
- umfangreiche Pressemitteilungen und Fachartikel
- Aktionstag „Depression erkennen und verstehen“
- Kinoprojekt : Spielfilme zum Thema Depression und anschließende Diskussion mit interdisziplinärer Expertenrunde
- Plakataktion
- Internetauftritt

Angebote für Betroffene und Angehörige

- Regelmäßige Vortragsreihen
- Fragerunde für Patientengruppen des Sozialpsychiatrischen Dienstes
- Infolyer mit Informationen zu Rat und Hilfe
- Einrichtung einer Telefonhotline

Kooperationspartner

... AKIS - Kontakt- und Infostelle für Selbsthilfe, Alexianer Krankenhaus, Ambulante Psychiatrische Versorgung, AOK Aachen, Apothekerkammer Kreis Aachen, Ärztekammer Nordrhein, Barmer Ersatzkasse, Bethlehem-Krankenhaus, BKK Saint Gobain, Bundesknappschaft, BVND, Caritas, Die Grünen/Bündnis 90, DPTV Kreisstelle Stadt Aachen, DPWW Aachen, Evangelische Beratungsstelle, Fauna e.V. Aachen, Düsseldorf BÜNDNIS gegen Depression, Förderverein für die Rehabilitation psychisch Kranker und Behinderter, Frauenbeauftragte der Stadt Aachen, Gesundheitsamt, Haus St. Josef, Eschweiler, IKK Aachen, Kassenärztliche Vereinigung, Katholische Klinikseelsorge, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Kommunale Gesundheitskonferenz, Krankenkasse der Rheinischen Landwirtschaft Kreis und Stadt Aachen, Lehrgebiet Allgemeinmedizin, Niedergelassene Fachärzte, Psychologie & Gesundheit, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft im Kreis Aachen, Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft der Stadt Aachen, Psychotherapeutenkammer NRW, Rheinisches Landeskrankenhaus Düren, Schulamt für die Stadt Aachen, Sozialpsychiatrisches Zentrum Kreis Aachen, Sozialpsychiatrisches Zentrum Stadt Aachen (ALIS), Telefonseelsorge, Triangel, VdAK/AEV, Verein Psychologie und Gesundheit, VHS Eschweiler, Werkstatt für Behinderte PRODIA, Zentrale Informationsstelle Psychotherapie (ZIP) der KVNO ...

Kontakt

StädteRegion Aachen, Gesundheitsamt

Thilo Koch
Trierer Str. 1
52078 Aachen

thilo.koch@staedteregion-aachen.de

Telefon: +49(241) 5198 5303

Fax : +49(241) 5198 85303



Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

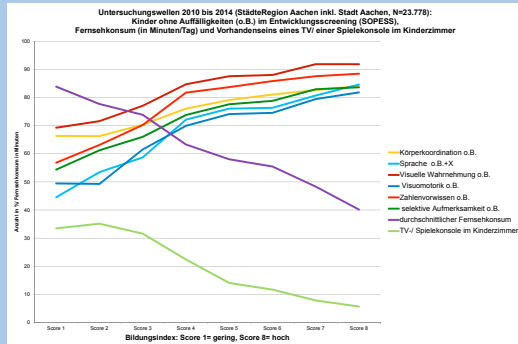
Eignet sich die elterliche Bildung als Leitindikator zur Steuerung von Gesundheitsförderung und Prävention bei Schulanfängern?



Analyse von Daten der Schuleingangsuntersuchungen in der StädteRegion Aachen und in der Stadt Aachen

Ausgangslage

Auswertungen der Schuleingangsuntersuchungen weisen einen engen Zusammenhang von Bildung und Gesundheit auf



Fakten zur Gesundheit

Körperkoordination

Im Kindesalter können sich Störungen der Motorik bzw. der Körperkoordination auf die psychosoziale Entwicklung auswirken

Sprachfähigkeit

Eine medizinisch relevante Sprachentwicklungsstörung, die nicht ausreichend therapiert wird, kann zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kindes führen, die später nicht mehr aufgeholt werden kann

Visuelle Wahrnehmung

Für den Erwerb der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen, und um sich generell neues Wissen anzueignen, stellt das Visuelle Wahrnehmen und Schlussfolgern eine grundlegende Fähigkeit dar

Visuomotorik

Die Visuomotorik ist als eine der Vorläuferfertigkeiten für das Erlernen des Schreibens zu verstehen

Zahlenvorwissen

Eine medizinisch relevante Rechenstörung, die nicht ausreichend therapiert wird, kann zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kindes führen, die später nicht mehr aufgeholt werden kann

Selektive Aufmerksamkeit

Die selektive Aufmerksamkeit ist eine Grundfähigkeit für alle Lernprozesse und kognitiven Anforderungen, sie beschreibt zudem die Fähigkeit, sich auf eine Aufgabe zu konzentrieren

Fernsehkonsum

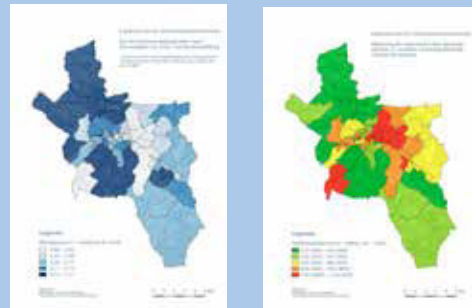
Hoher Fernsehkonsum führt zu Bewegungsmangel und hat negativen Einfluss auf Gewicht und kognitive Fähigkeiten

Eigener Fernseher / Spielekonsole im Kinderzimmer

Kinder mit eigenem Fernsehgerät oder einer Spielekonsole im Kinderzimmer haben schlechtere kognitive Fähigkeiten als Gleichaltrige ohne eigenes TV/ eigene Spielekonsole

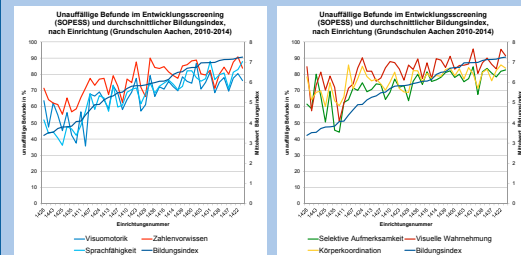
Sozialraumbezogene Betrachtung von Bildung und Gesundheit - Setting Lebensraum

Aufbauend auf der Sozialentwicklungsplanung der Stadt Aachen wurden vier Jahrgänge der Schuleingangsuntersuchungen (N=7.606) - eine Kindergarteneneration - auf Lebensraumbene ausgewertet. Anhand von ausgewählten Indikatoren wurde eine Bewertung der Lebensräume zur Steuerung von Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung durchgeführt.



Im Ergebnis zeigt sich eine große Übereinstimmung von Lebensräumen mit Handlungsbedarf an Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention und dem Bildungsindex der Eltern.

Einrichtungsbezogene Betrachtung von Bildung und Gesundheit - Setting Grundschule



Für bestimmte Befunden des Entwicklungsscreenings zeigen sich Einschränkungen in der Aussagekraft des Bildungsindex

Schlussfolgerungen

Die Betrachtung des Bildungsindex als Leitindikator für die Gesundheit von Schulanfängern zeigt sozialraumbezogen eine gute Übereinstimmung. Bei einer einrichtungsscharfen Betrachtungsweise muss aber befundabhängig eine eingeschränkte Aussagekraft für die Bereiche Selektive Aufmerksamkeit, Visuelle Wahrnehmung und Körperkoordination festgestellt werden.

Kontakt: StädteRegion Aachen – Gesundheitsamt ● Homepage: www.staedteregion-aachen.de/gesundheitsamt
 Dr. Gabriele Trost-Brinkhues ● Tel. 0241/ 5198 5520 ● Fax. 0241/ 5198 85520 ● E-Mail: gabriele.trost-brinkhues@staedteregion-aachen.de
 Thilo Koch ● Tel. 0241/ 5198 5303 ● Fax. 0241/ 5198 85303 ● E-Mail: thilo.koch@staedteregion-aachen.de

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

GigA- Gemeinsam initiativ gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen

Kommunale Gesundheitskonferenz Bielefeld



Kommunale Projekte

„Kinder aus suchtbelasteten Familien“, „Hart am Limit“ (HaLT), „Gemeinsam initiativ gegen Alkoholmissbrauch...“ (GigA), Wegweiser & Leitfaden zur „Alkoholprävention“ für die Ärzteschaft und Ratsbeschluss

Ziele

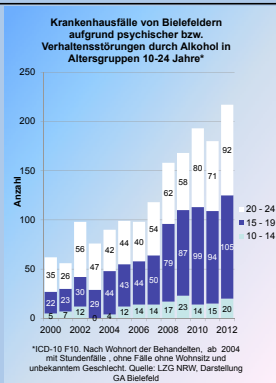
Aufbau einer vernetzten Alkoholprävention; Sensibilisierung der politisch Verantwortlichen, der Behörden sowie Vereine und Verbände für GigA; Schärfung des Bewusstseins, insbesondere der Eltern im Hinblick auf ihre Vorbildfunktion; Erhöhung des Einstiegsalters beim Alkoholkonsum; Verringerung der konsumierten Menge von Alkohol.

Koordination

Drogenberatung e.V. Bielefeld - Fachstelle für Suchtvorbeugung

Netzwerkpartner

Bielefeld Marketing GmbH; Caritasverband Bielefeld e.V.; DEHOGA Ostwestfalen e.V.; Einzelhandelsverband Ostwestfalen-Lippe e.V.; Fachverband Tankstellen-Gewerbe (FTG) e.V.; Fahrlehrerverband NRW, Unterbezirk Bielefeld; Kommissariat Vorbeugung der Polizei Bielefeld; Sportbund Bielefeld; Jugendamt, Schulamt, Sozial- & kriminalpräventiver Rat (alle Stadt Bielefeld)



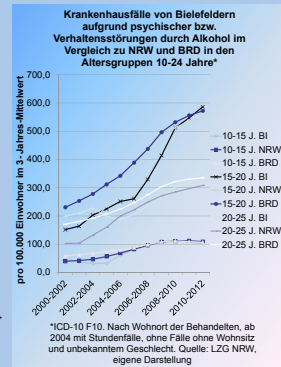
Imagepostkarten für Stadtfeste (Vorderseiten)

HaLT: Ergebnisse 2013

- 85 eingelieferte Fälle (Vorjahr: 117 Fälle)
- 76 Jugendliche nahmen Beratungsgespräch in Anspruch (88,4%)
- 55 Eltern nahmen am Beratungsgespräch teil (64%)
- Ø - Alter 15,4 J. (Vorjahr: 15,0 J.)
- 53% männlich
- Hauptaufnahme: Samstag
- durchschnittlich 1,64 ‰ Blutalkoholkonzentration

Übertragbarkeit

„Komatrinken“ Jugendlicher ist deutschlandweit ein Problem. Kommunale Netzwerke können wirksame Präventionsmaßnahmen entwickeln und umsetzen. Ein etabliertes Netzwerk fördert die Nachhaltigkeit der Projekte und ermöglicht eine schnelle, effektive Erarbeitung neuer Aktionen.



Kontakt

Stadt Bielefeld
Cornelia Petzold
Nikolaus-Dürkopp-Str. 5 - 9
33602 Bielefeld

cornelia.petzold@bielefeld.de
Telefon 0521 / 516737
Fax 0521 / 513406





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Kommunale Gesundheitsberichterstattung

Kommunale Gesundheitskonferenz Bochum

Stadt Bochum

Etablierung einer kommunalen Gesundheitsberichterstattung in enger Anbindung an die Kommunale Gesundheitskonferenz

Ziel

- Kommunale Gesundheitsberichterstattung als verlässliche Datenbasis für die Entscheidung über gesundheitsfördernde Maßnahmen
- perspektivisch: Weiterentwicklung zu einem Fachplan Gesundheit (Gesundheitszieleprozess)

Kooperationspartner

keine festen Kooperationspartner über die Mitglieder der Kommunalen Gesundheitskonferenz hinaus

Die Aktion

Alle drei Jahre wird ein Basisgesundheitsbericht erstellt, der auf der Grundlage eines von der KGK beschlossenen Indikatorensets einen Überblick über die gesundheitliche Lage in Bochum informiert. Ergänzend werden Spezialgesundheitsberichte zu einzelnen gesundheitlichen Problemlagen oder besonderen Zielgruppen erstellt.

Umsetzung

- | | |
|------|---|
| 2005 | Beschluss der KGK über ein modulares Konzept aus Basis- und Spezialgesundheitsberichten |
| 2006 | Beschluss der KGK über ein Indikatorenset für die Basisgesundheitsberichterstattung |
| 2008 | 1. Basisgesundheitsbericht |
| 2011 | 2. Basisgesundheitsbericht |
| 2014 | Spezialgesundheitsbericht Armut und Gesundheit |
| 2014 | Verabschiedung eines Konzeptes für einen Fachplan Gesundheit |
| 2014 | (geplant) 3. Basisgesundheitsbericht (zugleich Fachplan Gesundheit Teil 1) |



Ergebnisse

Die Gesundheitsberichterstattung ist mittlerweile selbstverständliche Grundlage für die Diskussion gesundheitlicher Phänomene in Bochum. Ihre Ergebnisse fließen u.a. in integrierte Stadtentwicklungsprozesse (z. B. ISEK Wattenscheid) und Überlegungen zur Gesundheitssystemgestaltung (Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung) in Bochum ein. Die Gesundheitsberichterstattung versteht sich dabei als qualifizierendes Element kommunikativer Prozesse über die Gesundheit der Bochumer Bevölkerung.



Übertragbarkeit

Die Gesundheitsberichterstattung basiert ausschließlich auf Datenbeständen, die für alle nordrhein-westfälischen Kommunen zur Verfügung stehen (z. B. Statistik der Krankenhausfälle und Todesurachen) oder in allen Kommunen in ähnlicher Weise erhoben werden (z. B. Schuleingangsuntersuchung). Derzeit verständigen sich einige nordrhein-westfälische Kommunen unter Beteiligung des LZG.NRW über ein gemeinsames Indikatorenset für die Basisgesundheitsberichterstattung.

Kontakt

Stadt Bochum
Stabsstelle Kommunale Gesundheitskonferenz/
Gesunde Stadt Bochum
Michael Sprünken
44777 Bochum

mspruenken@bochum.de
Telefon 0234 / 910-1663
Fax 0234 / 910-1151

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Bonner Impuls: Gesunde Führung (BIG F) Kommunale Gesundheitskonferenz der Bundesstadt Bonn



Kommunale Aktion

Im Jahr 2012 hat die KGK die Gründung eines AK „Gesunde Führung“ beschlossen.
Entwicklung von acht Thesen zur Verbesserung der Personalsituation im Gesundheitswesen:
Bonner Impuls „Gesunde Führung“ (BiG F)

Ziel

Gewährleistung von Patientensicherheit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen des bereits beschäftigten Personals, Bonn und die Region attraktiv für Fachkräfte und Spezialisten machen, die in Bereichen wie der intensivmedizinischen Betreuung dringend gebraucht werden

Kooperationspartner

Führungskräfte über Träger- und Fachrichtungen hinweg, u.a. Chef- und Oberärzte, Direktoren und Pflegedienstleitungen aller großen Bonner Krankenhäuser, das Gesundheitsamt Bonn in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung.

Umsetzung

Die 8 Thesen werden von den Mitgliedern der KGK in die jeweiligen Einrichtungen getragen.

Ergebnisse



Übertragbarkeit

Der Bonner Impuls „Gesunde Führung“ soll überregional weitergetragen werden.

Kontakt

Bundesstadt Bonn
Gesundheitsamt – Amtsleitung
Engelstalstr. 6
53111 Bonn

amtsleitung.amt53@bonn.de
Telefon 0228 / 773983
Fax 0228 / 772781





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

„Hand aufs Herz...bist du nicht doch ein Landei?“ Kommunale Gesundheitskonferenz Kreis Borken



Kommunale Aktion

Gründung eines Weiterbildungsverbundes zur mittel- bis langfristigen Bekämpfung des drohenden Hausärztemangels

Ziel

- Den Kreis Borken als lebens- und liebenswerte Region für den ärztlichen Nachwuchs zu präsentieren.
- Junge Medizinstudenten von den exzellenten Ausbildungsmöglichkeiten in den Krankenhäusern der Regelversorgung und den Allgemeinmedizinischen Praxen des Kreisgebietes zu überzeugen.

Kooperationspartner

Alle Krankenhäuser des Kreisgebietes und 20 allgemeinärztliche Praxen des Weiterbildungsverbundes

Teilprojekt „Praxismonat Allgemeinmedizin“

Pro Jahr wird 10 Medizinstudenten ein vierwöchiges Praktikum im ambulanten oder stationären Bereich angeboten. Neben der kostenfreien Unterkunft und einem Auto zur freien Verfügung zeichnet sich das Projekt vor allem durch ein attraktives fachliches Rahmenprogramm, persönliche Betreuung und ein attraktives Freizeitangebot aus.

Ergebnisse

- Seit Gründung des Weiterbildungsverbundes konnten durch die enge Kooperation acht Weiterbildungsassistenten für den Kreis Borken gewonnen werden.



Logo des Weiterbildungsverbundes

- Der Praxismonat konnte durch diese Art der Anleitung das spannende Aufgabenspektrum des Hausarztberufes hautnah vermitteln
- Einige Absolventen beabsichtigen weitere Ausbildungsabschnitte im Kreis Borken zu absolvieren bzw. eine spätere Tätigkeit im Kreis Borken anzustreben.



Begrüßung der Medizinstudenten im Kreishaushaus Borken

Umsetzung

Der Praxismonat findet jährlich im März und September statt und wird vom Fachbereich koordiniert, die engagierte 1:1 Betreuung und Anleitung wird durch die Kooperationspartner gewährleistet. Eine ständige Evaluation sichert die Angebotsqualität.



Werbeflyer Praxismonat



Naht- und Knotenkurs



Arbeiten am Da-Vinci-Simulator

Kontakt

Kreis Borken, Fachbereich Gesundheit
Regina Kasteleiner
Burloer Str. 93
46325 Borken

r.kasteleiner@kreis-borken.de
Telefon 02861 / 82-1160
Fax 02861 / 82-2721160

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Mobiler Demenzservice Bottrop Kommunale Gesundheitskonferenz der Stadt Bottrop



Kommunale Aktion Mobiler Demenzservice Bottrop

Ziel: Erhalt der Gesundheit durch

1. Aktive Auseinandersetzung mit dem Altern durch Aufklärung
2. Verbesserung des Wohlbefindens und der Lebensqualität durch aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
3. Stärkung von Selbstbestimmung und Selbständigkeit
4. Frühzeitige Abstimmung medizinischer und sozialer Interventionsmöglichkeiten durch ein multiprofessionelles Team (Ärztin, Psychologin, Sozialarbeiterin und Pflegekraft)
5. optimierte Vernetzung der Akteure, s.u.

Kooperationspartner

- Haus- und FachärztInnen aus dem ambulanten und stationären Bereich
- ambulante und stationäre Pflegedienste,
- SozialarbeiterInnen



Lebensfreude beim Spiel in der Betreuung

Umsetzung:

- Regelmäßige wöchentliche stadtteilbezogene Gedächtnis-Sprechstunden mit psychometrischen Testverfahren
- Koordination von Pflegediensten und niedergelassenen Haus- und Fachärzten durch die neutrale Position des Gesundheitsamtes
- Beratung und Begleitung von Betroffenen und Angehörigen
- Angebote, hier Tanzcafe und sinnliche Museumsführung

Ergebnisse:

- stadtweit niederschwelliges Screeningangebot von BürgerInnen über 60 Jahre mit der Sicherstellung von weiterer Diagnostik und Versorgung durch Haus- oder FachärztInnen und anderen ambulanten Diensten
- Stagnation der im Vorfeld zunehmenden Rettungsdiensteinsätze im gerontopsychiatrischen Bereich durch das multiprofessionelle Team
- Sensibilisierung der Bottroper BürgerInnen
- Testungen von 2010 bis 2014: 689 Personen, davon 48 Testergebnisse auffällig



Enkelin und Oma beim Tanzcafe

Übertragbarkeit

Die Übertragbarkeit auf andere Kommunen und Kreise ist gegeben. Voraussetzung ist die Fachkompetenz einer Fachärztin/eines Facharztes im Gesundheitsamt

Kontakt

Stadt Bottrop
Dr. Astrid Danneberg
Gladbecker Str. 66
46236 Bottrop

dr.astrid.danneberg@bottrop.de
Telefon 02041 / 703773
Fax 02041 / 703590





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Dortmunder Netzwerk Essstörungen Kommunale Gesundheitskonferenz Dortmund



Kommunale Aktion

Dortmunder Netzwerk Essstörungen seit 2007

Ziele

- Hilfeangebote für Menschen mit Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Ess-Sucht) transparenter machen
- Hilfeeinrichtungen stärker vernetzen
- Präventionsarbeit fördern

Kooperationspartner

Psychiatrische Krankenhäuser, Psychotherapeutisches Praxisnetz, Ärztekammer WL, ambulante psychiatrische Dienste, psychosoziale Beratungsstellen, Suchtberatungsstellen, Jugendamt, Fachbereich Schule, Selbsthilfe, Vertreter Dortmund der Hausärzteschaft und Gynäkologen

Die Aktion

Präsentation und fachliche Begleitung der Präventionsausstellung „Klang meines Körpers“ in Dortmund – eine interaktive Ausstellung zur Prävention von Essstörungen

Umsetzung

Auf Initiative des Dortmunder Netzwerkes Essstörungen wurde in den Jahren 2013 und 2014 die Ausstellung „Klang meines Körpers“ (Projekträger: Werkstatt Lebenshunger e.V.) bereits zweimal nach Dortmund geholt.

Dortmunder Schulklassen und Jugendgruppen (ab 13 Jahren) konnten die Ausstellung im Haus der Jugend unter fachlicher Begleitung besuchen. Mitglieder des Netzwerkes und Schulsozialarbeiterinnen wurden dafür extra geschult.

Die Ausstellung zielt darauf ab, Jugendliche und Multiplikatoren für Essstörungen zu sensibilisieren, Informationen zu geben und auf Hilfeangebote hinzuweisen. Das Netzwerk hat einen „Wegweiser Essstörungen“ mit Dortmunden Hilfeangeboten vor Jahren bereits erstellt (www.netzwerk-essstoerungen.dortmund.de).

Im Rahmen der Ausstellungswochen fanden weitere themenbezogene Aktionen wie Jugendtheater und Filmabend mit Frageforum statt.

Ergebnisse

- Neun Fachkräfte nahmen an der Schulung zum Ausstellungsbegleiter teil und übernahmen Begleitungen.

- In den Ausstellungswochen wurden insgesamt 710 Jugendliche und 60 Multiplikatoren erreicht.

- Jugendliche und Multiplikatoren bewerten das Projekt als sehr guten, einfühlsamen Zugang zum Thema Essstörungen. Da die Ausstellung von betroffenen Jugendlichen gestaltet wurde, ist es eine Begegnung mit dem Thema auf Augenhöhe.

- Positive persönliche Ressourcen/Kraftquellen mit Blick auf Selbstwertstärkung und Vorbeugung haben in der Ausstellung einen besonderen Stellenwert.

- In den öffentlichen Medien (WDR-Lokalzeit, Dortmund Zeitung) erfuhr das Ausstellungsprojekt gute Resonanz.

- Das Netzwerk plädiert für regelmäßige Ausstellungenvorhaben in Dortmund.



Fotos: Gesundheitsamt Dortmund, Ausstellungsprojekt „Klang meines Körpers“ 2013, im Dortmunder Haus der Jugend

Kontakt

Kommune: Gesundheitsamt Dortmund

Name: Christoph Neumann
 Straße: Hövelstraße 8
 Ort: 44137 Dortmund
 Mail: christophneumann@stadtdo.de
 Telefon: 0231/50-24314
 Fax: 0231/50-23526

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Duisburger Selbsthilfetopf Kommunale Gesundheitskonferenz der Stadt Duisburg



Infrastrukturelle Förderung der Duisburger Selbsthilfegruppen

- Unterstützung bei der Erhaltung des sozialen Klimas
- Realisierung des bürgerschaftlichen Engagements
- Stärkung der Selbsthilfepotentiale

Kooperationspartner

Arbeitsgruppe Selbsthilfe- und Angehörigenarbeit 2000 – 2007

Alle Duisburger Krankenkassen



Der Duisburger SH-Topf nahm die gesetzliche Regelung vorweg und hatte somit Vorbildfunktion

Gute Idee und beste Basis für Nachhaltigkeit

Unbürokratisch, neutral, unparteiisch insbesondere barrierefrei für kleine SH-Gruppen

Bis heute 2007 – 2014 Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe Prävention!
Mögliches Modell für andere Kommunen

Die Aktion

- Einheitliches Antragsformular
- Einrichtung eines Selbsthilfetopfes zur differenzierten Einzelförderung
- Beteiligung an der Gründung der SH-Kontaktstelle

Kontakt

Geschäftsstelle der Kommunalen
Gesundheitskonferenz
Stadt Duisburg
Bettina Schumacher
Ruhrorter Straße 195
47119 Duisburg

gesundheitskonferenz@stadt-duisburg.de
Telefon 0203 / 283-3938
Fax 0203 / 283-4340





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Anstoßen, Beobachten, gemeinsam Steuern Kommunale Gesundheitskonferenz des Ennepe-Ruhr-Kreises



Prozess zur Neustrukturierung der Sucht- und Drogenberatung

Ab dem Jahr 1999

- ◆ Gründung der Kommunalen Gesundheitskonferenz im Ennepe-Ruhr-Kreis
- ◆ Bevölkerungsumfragen mit dem damaligen Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (Iögd), Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner für die thematische Ausrichtung der KGK
- ◆ Gründung der Fachkonferenz Psychiatrie und Sucht, ein zentrales Thema: Sucht- und Drogenhilfe

Jahr 2007

- ◆ Analyse der Sucht- und Drogenhilfe sowie des Sozialpsychiatrischen Dienstes durch die Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS)

Umsetzung

Arbeitsaufnahme der Steuerungsgruppe zur strukturellen Weiterentwicklung der Sucht- und Drogenberatung, dabei sind

- ◆ SHZ – Suchthilfezentren (inkl. Drogenberatung)
- ◆ Jobcenter EN (der Kreis ist Optionskommune)
- ◆ SpDi – Sozialpsychiatrischen Dienstes
- ◆ Gesundheits- und Sozialplanung (Kreisverwaltung)

Arbeitsschwerpunkte der Jahre 2008 bis 2014:

- ◆ Neustrukturierung der Beratungszentren
- ◆ SHZ, SpDi und Jobcenter EN arbeiten zum Thema Sucht zusammen: Suchtberatung primär bei den SHZ, SpDi sekundär, Vereinbarung zu § 16a SGB II
- ◆ Einheitliche Benchmarks (Deutscher Kerndatensatz) für alle SHZ und gemeinsame Berichterstattung

Finanzierung

Landesmittel und kommunale Mittel

Ergebnisse



Übertragbarkeit

Das Vorgehen ist auf andere Kreise übertragbar. Alle Ergebnisse können bei der Gesundheits- und Sozialplanung abgerufen werden.

Kontakt

Katrin Johanna Kügler

Ennepe-Ruhr-Kreis
Hauptstr. 92
58332 Schwelm

k.kuegler@en-kreis.de
Telefon 02336 / 93-2651
Fax 02336 / 93-12651





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

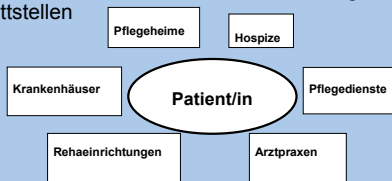
Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Patientenüberleitung in Essen Gesundheitskonferenz Essen

STADT
ESSEN

Anliegen und Ziel

Gezielte, interdisziplinär abgestimmte Überleitung von Patienten und Patientinnen durch Betreuung an den Schnittstellen



unter Einbeziehung von Patienten/ Patientinnen und Bezugspersonen bei Überweisung, Einweisung, Entlassung, Einzug ins Heim, Rehabeginn

Leitideen

- Es geht nicht um Formulare, sondern um interdisziplinäre Kommunikation und Kooperation
- Instrumente als Brücken, die von beiden Seiten begehbar sind
- Konzentration auf die wesentliche Informationen

Umsetzung

gemeinsames Projekt mit der Pflegekonferenz interdisziplinäre Arbeitsgruppe Medizin, Soziales Pflege
Regionalkonferenzen mit Akteuren



Ergebnisse

Instrumente der Patientenüberleitung

- Faxanfrage Krankenhaus-Arztpraxis
- Patientenüberleitungsbogen
- Medizinischer Kurzbericht
- Checkliste bei Aufnahme im Krankenhaus zum Bedarf an Überleitung

Beteiligte

| Einrichtung | Soll | Ist | in % |
|----------------------------|------|-----|------|
| Krankenhäuser/Fachkliniken | 16 | 16 | 100% |
| Pflegeheime/Hospize | 73 | 54 | 74% |
| Pflegedienste | 47 | 38 | 81% |
| Rehaeinrichtungen | 5 | 5 | 100% |
| Schulen für Pflegeberufe | 10 | 10 | 100% |
| Summe | 151 | 121 | 80 % |

Erklärung der KV Essen und Einzelerklärungen von 18 Arztpraxen

Übertragbarkeit

Nach Evaluation und Anwenderbefragung Anfragen aus vielen Städten in und außerhalb NRW
Vorstellung des Modells in Gesundheitskonferenzen und auf Tagungen
Übernahme des Essener Modells in Düsseldorf, Bonn und weiteren Städten

Aufnahme ins Lehrbuch für Medizinische Fachangestellte
Aufnahme in Dokumentationssoftware für Pflegeeinrichtungen

Kontakt

Kommune: Essen
Name: Lisa Schwermer
Gesundheitsamt Essen
Straße: Hindenburgstr. 29
Ort: 45127 Essen

Mail: lisa.schwermer@gesundheitsamt.essen.de
Internet: www.essen.de/gesundheitskonferenz
Telefon: 0201 - 8853118
Fax: 0201 - 8853135

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Netzwerk und Aktionsprogramm „GESUNDER START ins Leben“ Gesundheitskonferenz Gelsenkirchen



Kommunale Aktion

Netzwerk und Aktionsprogramm „GESUNDER Start ins Leben“

Ziel

Senkung der Säuglingssterblichkeit

Kooperationspartner

Frauen- und Kinderärzte, Geburts- und Kinderkliniken, Jugend- und Gesundheitsverwaltung sowie zahlreiche Dienstleister aus dem Gesundheits- und Sozialwesen

Die Aktion

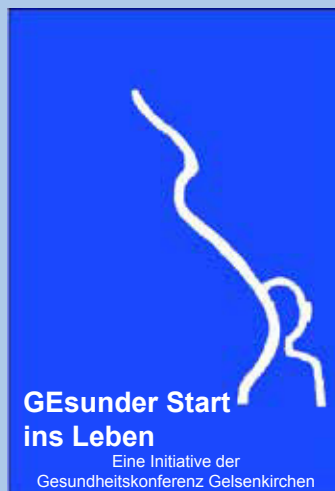
Es handelt sich um ein umfassendes Maßnahmenpaket

Ergebnisse

Mit Hilfe des Aktionsprogramms sank die Quote von 10,2 Promille im Jahre 2004 (23 Fälle) auf 4,3 Promille im Jahre 2012 (11 Fälle). Hierfür wurden das Aktionsprogramm und die Netzwerkarbeit mit dem „Gesundheitspreis NRW 2010“ ausgezeichnet.

Übertragbarkeit

Alle Maßnahmen lassen sich übertragen, wobei das Erfolgsgeheimnis in einer langfristig angelegten interdisziplinären und ressort-übergreifenden Kooperation besteht.



Umsetzung

Alle Maßnahmen weisen zielgruppenspezifische Zugänge auf, um insbes. sozial benachteiligte Frauen und Familien zu erreichen wie z. B. der Einsatz von zwei weiteren Familienhebammen, Screening von Infektionen, mehrsprachige Veranstaltungen, kostenlose Vergabe von Babyschlafsäcken in allen Geburtskliniken...



Kontakt

Gesundheitsamt Gelsenkirchen
Angelika Rasseck
Kurt-Schumacher-Str. 4 Gelsenkirchen

angelika.rasseck@gelsenkirchen.de
Telefon 0209 / 1692253
Fax 0209 / 1693505

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Bürgerinformation Gesundheit und Selbsthilfe- kontaktstelle des Kreises Gütersloh (BIGS)



Dauerhafte Einrichtung der BIGS

Ziel

Bündelung von Selbsthilfeförderung und
Gesundheits- / Pflegeinformation



Vermittlung in
Selbsthilfegruppen

Hilfe bei der Gründung
von Selbsthilfegruppen

Gesundheitsinformation

Pflegeinformation

Kooperationspartner

- AOK NORDWEST – Die Gesundheitskasse
- Bertelsmann BKK
- BKK Miele
- IKK classic
- Landwirtschaftliche Krankenkasse NRW
- Verband der Ersatzkassen e.V. NRW
- Bürgerstiftung Gütersloh
- Stadtbibliothek Gütersloh
- Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Gütersloh
- Unfallkasse Nordrhein-Westfalen
- Aktion Mensch e. V.
- Selbsthilfevertreter
- Krankenhäuser
- Ärzteverein Gütersloh
- Apotheker
- Koordination der Pflegeberatung Kreis Gütersloh
- Stiftung Deutsche Schlaganfallhilfe e. V.
- Landeszentrum Gesundheit NRW
- Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld
- Koordinationsstelle für Ernährung & Bewegung im Offenen Ganztage im Primärbereich

Umsetzung

- 2001 als Modellprojekt der Gesundheitskonferenz gestartet
- zentral und leicht erreichbarer Standort in der Stadtbibliothek Gütersloh
- die erfolgreich etablierte Einrichtung BIGS eignet sich zur Übertragbarkeit für andere Kommunen

Aktuelle Aktionen

- Fortbildungen für Selbsthilfegruppen
- Workshops für medizinisches Fachpersonal in Arztpraxen im Umgang mit Selbsthilfegruppen
- Schulung von Gesundheitsmediatorinnen und -mediatoren (MiMi)
- Konzeptentwicklung Migration und Selbsthilfe
- Informationsveranstaltungen zu gesundheitsbezogenen Themen
- Selbsthilfe- und Gesundheitstag

Kontakt

Kreis Gütersloh, Abteilung Gesundheit
Geschäftsstelle Gesundheitskonferenz
Christel Kunz
Herzbrocker Str. 140
33334 Gütersloh

christel.kunz@gt-netde
Telefon 05241 / 85 1660
Fax 05241 / 85 31660
Internet www.kreis-guetersloh.de

BIGS-Mitarbeiterinnen

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Partizipative Netzwerke in der Schulgesundheit Kommunale Gesundheitskonferenz Kreis Gütersloh



Kommunale Aktion

Als Handlungsempfehlung der Kommunalen Gesundheitskonferenz des Kreises Gütersloh wurde 2009 die „**Koordinationsstelle für Ernährung & Bewegung an Offenen Ganztagschulen (OGS) im Primarbereich**“ eingerichtet.

Ziel

Langfristiges Ziel ist die Verbesserung von Ernährungs- und Bewegungsgewohnheiten von Kindern im Grundschulalter.



Kooperationspartner

Vor diesem Hintergrund werden die Träger des Offenen Ganztags, die OGS-Betreuer/-innen sowie die Schulleitungen und die Lehrkräfte in ihrer Arbeit unterstützt, „Ernährung und Bewegung“ in den Schulalltag zu integrieren. Neben projektbezogenen Partnerschaften bilden folgende Kooperationspartner das zentrale Netzwerk der Koordinationsstelle:



Modellprojekt

Erprobung der Partizipativen Qualitätsentwicklung im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz

Ziele:

- Verbesserung der Angebotsqualität der Koordinationsstelle durch gezielte Partizipation der Träger und Teamleitungen des Offenen Ganztags;
- das in Kooperation mit dem LZG.NRW und mit wissenschaftlicher Begleitung von 11/2012 bis 2/2014 durchgeführte Modellprojekt sollte darüber hinaus Erkenntnisse für die Übertragbarkeit liefern.

Umsetzung

Angeleitete Arbeitsgruppe

Gemeinsam mit den Partnern im Bereich der Schulgesundheit wurde der Bedarf präventiver und gesundheitsfördernder Unterstützungsangebote für die OGS im Kreis ermittelt. Mit der Methode der angeleiteten Arbeitsgruppe wurde als erste Maßnahme ein Fachtag „Gesunder Ganztag“ gemeinsam geplant und durchgeführt.

Ergebnisse

Fachtag Gesunder Ganztag am 27. Februar 2015

Das Ziel des Fachtages bestand darin, Entlastungsstrategien gegen Stress zu vermitteln. Zudem sollte zu einem kreisweiten und trägerübergreifenden Austausch sowie zur gegenseitigen Vernetzung zwischen den OGS-Einrichtungen angeregt werden.



Der Fachtag des Kreises Gütersloh fand statt in Kooperation mit:



Übertragbarkeit

Bei der Erfüllung gemeinschaftlicher gesellschaftlicher Aufgaben gewinnen netzwerkartige Steuerungsformen zunehmend an Bedeutung. Partizipative Netzwerke zeichnen sich daher auch in der Schulgesundheit als zukunftsweisend ab.

Als Ergebnis des Modellprojektes konnte aufgezeigt werden, dass sich die Methoden der Partizipativen Qualitätsentwicklung dazu eignen, die Kommunalen Gesundheitskonferenzen in ihrer Netzwerk- und Projektarbeit zu unterstützen.

Das Modellprojekt wurde 2014 in die Landesinitiative Gesundes Land aufgenommen und mit dem Qualitätssiegel als beispielgebend ausgezeichnet.



Kontakt

Kreis Gütersloh – Abteilung Gesundheit
Geschäftsstelle der Kommunalen Gesundheitskonferenz
Christel Kunz
Herzebrocker Str. 140
33334 Gütersloh

Mail christel.kunz@gt-net.de
Telefon 05241 / 85 1660
Fax 05241 / 85 1717





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Gesundheitsförderung arbeitsloser Menschen Kommunale Gesundheitskonferenz Hagen



Kommunale Aktion

Ausgangslage:

Die Arbeitslosenquote liegt in Hagen mit 11,1% über dem NRW-Durchschnitt von 8,8%. Menschen ohne Berufsarbeit sind häufiger von Gesundheitsproblemen betroffen, vor allem im psychischen Bereich.

Ziel

Ziel ist die Verhinderung bzw. Abmilderung von gesundheitlichen Risiken für arbeitslose Menschen durch Kooperationen vor Ort, Klärung von Bedürfnissen, Feststellung des Bedarfs an gesundheitsfördernden Maßnahmen und ein vereinfachter Zugang hierzu.

Kooperationspartner

Agentur für Arbeit, Jobcenter Hagen, Krankenkassen, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger, Sport (-bund)

Die Aktion

Netzwerkarbeit, Befragung, Produktentwicklung und Selbsthilfeförderung.

Umsetzung

- ▶ Einrichtung einer wissenschaftlichen Begleitung durch Institut für Prävention und Gesundheitsförderung Essen
- ▶ Interviews, um die gesundheitliche Lage und die Bedürfnisse arbeitsloser Menschen zu ermitteln
- ▶ Beratungsgutschein für Präventionsbeauftragte GKV
- ▶ Gesundheitsorientierung in Arbeitsförderung einbinden
- ▶ Aufbau einer gesundheitlichen Selbsthilfeinitiative
- ▶ Aktivitäten des organisierten Sports.



Ergebnisse

- ▶ Beratungsangebote bei den Krankenkassen und hierzu Schulung der Vermittler und Fallmanager
- ▶ Etablierung gesundheitlich orientierter Programme in der Arbeitsförderung
- ▶ Berücksichtigung medizinischer Notwendigkeiten im Kundenbereich der Arbeitsförderung (Coaching)
- ▶ Beteiligung des Ärztlichen Dienstes von Agentur für Arbeit und Jobcenter im Kooperationsverbund
- ▶ Entwicklung eines Zukunftsprogramms im organisierten Sport, das nacheinander umgesetzt wird
- ▶ Neues Angebot einer gesundheitlichen Selbsthilfe gemeinsam mit der Freiwilligenzentrale Hagen.



Übertragbarkeit

durch

- ▶ Koordinations- und Entwicklungsauftrag des ÖGD
- ▶ angemessene Umsetzungsstrategien
- ▶ Beteiligung Betroffener
- ▶ Materialien und Produktbeschreibungen
- ▶ Weitergabe von Erfahrungswissen
- ▶ Einbindung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
- ▶ Berücksichtigung jeweiliger Interessenslagen.

Kontakt

Kommune: Hagen
Name: Richard Matzke

Straße: Berliner Platz 22
Ort: 58089 Hagen

Mail: richard.matzke@stadt-hagen.de
Telefon: 02331 / 207-3689
Fax: 02331 / 207-2453





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Arbeitskreis „Sozialpharmazie“ Kommunale Gesundheitskonferenz der Stadt Hamm



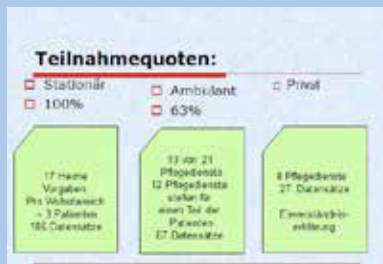
Seit November 2004
interdisziplinärer Arbeitskreis „Sozialpharmazie“
Thema - „AD(H)S“ 2007 - 2008
Thema - „Arzneimittelsicherheit im ambulanten und stationären Pflegebereich“ seit 2005
Ziele

- Arzneimitteltherapiesicherheit in den verschiedenen Versorgungsbereichen
- Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen
- Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit

Kooperationspartner u.a.
 Ärzte
 Stationäre Alten- und Pflegeeinrichtungen
 Apothekerkammer Westfalen-Lippe
 Ambulante Pflegedienste
 Heimaufsicht
 Landeszentrum Gesundheit NRW

Die Aktion
Projekt I
 Erhebungen zur Arzneimittelsicherheit 2005-2006 im stationären, ambulanten und privaten Pflegebereich
Projekt II
 Erhebungen zum „Teilen von Arzneimitteln“ im stationären Pflegebereich 2012 bis 2013

Umsetzung
Projekt I
 Prüfung der Dokumentation und der im Voraus gestellten Arzneimittel (fehlendes Arzneimittel, falsches Arzneimittel, Dosierungsfehler, falscher Einnahmezeitpunkt). Handlungsempfehlungen wurden erarbeitet.



Projekt II
 Daten zum Teilen von Arzneimitteln wurden erhoben und ausgewertet. Interventionen wurden durchgeführt.

Ergebnisse
Projekt I (Fehleranalyse)
 – unzureichende Medikamentendokumentation
 – Falsche Medikamente sowie falsche Dosierung
 – Fehler bei der Einhaltung der Einnahmezeitpunkte
Projekt II
 Ca. 11 Prozent der Arzneimittel werden geteilt, deren Teilung unzulässig ist.

Konsequenzen aus beiden Projekten:

- Präsentation der Ergebnisse:**
- Ärzte
 - heimversorgende Apotheken
 - amb. u. stat. Alten- und Pflegeeinrichtungen
- Ärzte**
- Infoschreiben und Flyer
- heimversorgende Apotheken**
- Einnahmehinweise auf AM
 - AM-Wechselwirkung –Check
- amb. und stat. Pflegeeinrichtungen**
- Erarbeitung von **Organisationsstandards** z. B. Medikamentendokumentation
 - **Jährliche Fortbildungsveranstaltungen** u. a. zu den Themen: Diabetes, Demenz, Parkinson und Schmerz, Expertenstandards und deren Umsetzung, Umgang mit Arzneimitteln, BTM und MP



Übertragbarkeit
 Die Probleme werden in allen ambulanten und stationären Alten- und Pflegeeinrichtungen im Bundesgebiet bestehen.

- Wissenschaftliche Veröffentlichungen
- Referate zum Sachverhalt auf überregionalen Tagungen



Kontakt
 Kommune: Stadt Hamm, Gesundheitsamt
 Name: Gabriele Siemer
 Straße: Heinrich-Reinköster-Str. 8
 Ort: 59065 Hamm
<http://www.hamm.de/gesundheitsamt/gesundheitsplanung-und-koordination/gesundheitskonferenz.html>
 Mail: siemer@stadt.hamm.de
 Telefon 02381 17-6472
 Fax 02381 17-2983





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

39 Gesundheitskonferenzen im Kreis Heinsberg Rückblick und Ausblick



Historie der KGK im Kreis Heinsberg:

- Seit 1993 Entwicklung verschiedener Handlungsempfehlungen unter Beteiligung der verschiedensten Akteure und Institutionen im Gesundheitswesen des Kreises
- Kooperationskultur seit 1993
- Hohe Vernetzung der Institutionen im Gesundheitswesen des Kreises Heinsberg
- Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe
- Beteiligung der Patientenvertreter
- Beteiligung an der Quartiersentwicklung im Kreis

Ziele:

- Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Versorgung der Bevölkerung unter Nutzung vorhandener und erhobener demografischer und statistischer Daten
- Initiierung von Präventionsaktivitäten
- Stimulierung bürgerschaftlichen Engagements
- Sozialmonitoring
- Quartiersentwicklung

Ergebnisse:

Seit 1994 wurden im Kreis Heinsberg 9 Handlungsempfehlungen in verschiedenen Feldern der gesundheitlichen und sozialen Versorgung zur Umsetzung entwickelt und evaluiert. Dabei zeigten sich sowohl hemmende als auch fördernde Faktoren:

Hemmende Faktoren:

- Problem der abgeschlossenen Versorgungssektoren
- Fehlende Finanzierung sinnvoller Maßnahmen primär Verantwortlicher
- Fehlende gesetzliche Verpflichtung zur Kostenübernahme für kommunale Gesundheitsfördermaßnahmen durch Krankenkassen
- Oft fehlende Kenntnis der Arbeits- und Entwicklungspotentiale der Partner

Fördernde Faktoren:

- Erfordernis interdisziplinärer Zusammenarbeit
- Begegnung „Auf Augenhöhe“
- Neutrale Moderation durch Kommune
- Übernahme der Koordination
- Organisation und tatsächliche Geschäftsführung
- Frühzeitige Beteiligung der Politik

Zusammenfassung:

1. Eine Kommunale Gesundheitskonferenz ist gut geeignet, wichtige Handlungsfelder kommunaler Gesundheitspolitik zu gestalten, Handlungsempfehlungen abzuleiten und zu einer Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung beizutragen
2. Bei bewährter und vertrauensvoller Zusammenarbeit lassen sich vereinbarte Ziele und Handlungsempfehlungen zeitnah umsetzen
3. Dabei werden im ständigen Dialog mit der Politik die erreichten Ergebnisse zeitnah kommuniziert und der Öffentlichkeit vorgestellt

Struktur der Kommunalen Gesundheitskonferenz



Kontakt:

Kreis Heinsberg Gesundheitsamt
Herr Dr. Karl-Heinz Feldhoff

Valkenburgerstr. 45
52525 Heinsberg

Mail: Karl-Heinz.Feldhoff@Kreis-Heinsberg.de

Telefon: 02452 135301
Fax: 02452 135396

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Älter werden im Kreis Heinsberg Kommunale Gesundheitskonferenz und Pflegekonferenz im Kreis Heinsberg



Seit 01.01.1998 wird im Kreis Heinsberg das Projekt „Älter werden im Kreis Heinsberg“ durchgeführt. Es hat sich zum Ziel gesetzt, im Zusammenwirken aller Akteure im Gesundheitswesen und darüber hinaus, die soziale und gesundheitliche Versorgung älterer Menschen im Kreis Heinsberg zu verbessern.

Festgelegte Ziele:

- Gesundheitsförderung für Senioren im Kreis ausbauen
- Möglichkeiten des gesellschaftlichen und sozialen Engagements für Senioren im Kreis aktivieren und ausbauen
- Soziale und gesundheitliche Versorgung im Kreis sichern

Kooperationspartner u. a.:

- Alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden
- Krankenhäuser, ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen, Ärztekammer, KV Nordrhein
- Freiwilligen- und Selbsthilfezentrum
- Wohlfahrtsverbände, Kreissportbund, Kreispolizei
- Krankenkassen
- Vertreter der Wohnungswirtschaft
- Stabsstelle Demografischer Wandel und Sozialplanung

Umsetzung:

Für die Umsetzung des Gesamtprojektes wurden verschiedene Settingansätze gewählt. In insgesamt 23 Zielen mit hinterlegten Maßnahmen haben sich die Akteure verpflichtet, dass „Älter werden“ fachlich und inhaltlich weiter zu entwickeln. Dabei wird besonderer Wert auf den Ausbau von Präventionsprojekten, eine intensiviertere Zusammenarbeit ambulanter und stationärer Versorgungsstrukturen sowie auf Angebote für älter werdende Migrantinnen und Migranten, Bereitstellung sektorübergreifender Pflegeangebote und Verbesserung der regionalen Vernetzung zwischen fachärztlicher und allgemeinärztlicher Versorgung einschließlich einer zielgerichteten Medikationsbegleitung in Form einer Learning Community gelegt. Seit 01.01.2014 werden kreisweit in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Elemente des Sozialmonitorings eingesetzt, um zukünftige quartiersbezogene Entwicklungen zu unterstützen und nachhaltig im Sinne einer gezielten Sozialraumplanung zu entwickeln.

Ergebnisse u. a.:

1. Ständige Fortschreibung demografischer Daten zur Bevölkerungsentwicklung auf Gemeindeebene
2. Wegweiser für Betroffene, pflegende Angehörige und Institutionen
3. Kontinuierliche Fortschreibung der kommunaler Pflegeplanung in qualitativer und quantitativer Sicht
4. Institutions- und sektorübergreifende Pflegeüberleitung
5. Flächendeckende Verfügbarkeit von Sturzpräventionsangeboten
6. Flächendeckende Verfügbarkeit warmer Mittagsverpflegung
7. Sukzessive Umsetzung quartiersbezogener Versorgungsstrukturen
8. Seit 01.01.2014 Sozialmonitoring in definierten Sozialräumen
9. Konzept zur Demenzversorgung im stationären und ambulanten Bereich
10. Euregionale Vernetzung mit Partnern NL/ Belgien

Übertragbarkeit:

Die Strukturelemente sind unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten auf alle Städte und Gemeinden übertragbar. Hinweise zu den umzusetzenden und praktischen Maßnahmen sind unter www.Kreis-Heinsberg.de im Seniorenportal zum Projekt „Älter werden“ abrufbar. Die Umsetzbarkeit flächendeckender Mittagsverpflegung, der Pflegeüberleitung, des Sozialmonitorings, der Quartiersbildung sowie der sektorübergreifenden Netzwerke ist für alle interessierten Städte und Gemeinden gegeben.

Kontakt:

Kreis Heinsberg Gesundheitsamt
Kreis Heinsberg Stabsstelle Demografischer Wandel
und Sozialplanung
Herr Dr. Karl-Heinz Feldhoff, Herr Volkhart Dörr

Valkenburgerstr. 45
52525 Heinsberg

Mail: Karl-Heinz.Feldhoff@Kreis-Heinsberg.de,
Volkhard.Doerr@Kreis-Heinsberg.de

Telefon: 02452 135301
Fax: 02452 135301





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Aufbau eines Bündnisses gegen Depression Kommunale Gesundheitskonferenz Hochsauerlandkreis



Kommunale Aktion

Aufbau eines Bündnisses gegen Depression im Hochsauerlandkreis

Ziel

Ziel des Bündnis gegen Depression ist es, auf mehreren Ebenen die Versorgungs- und Lebenssituation depressiver Menschen zu verbessern und auf diese Weise auch Suizide zu verhindern.

Kooperationspartner

Mitglieder der Gesundheits- und Pflegekonferenz (GPK): Ärztekammer, Kassenärztliche Vereinigung, Selbsthilfe, Mitglieder Kreisausschuss, LWL Klinik Marsberg, Fachabteilung Psychiatrie Klinikum Arnsberg, Fachklinik Fredeburg, Sozialpsychiatrischer Dienst Gesundheitsamt, Krankenkassen . . .

Die Aktion

- Intensive Begleitung der Umsetzung durch die Bundesgeschäftsstelle Bündnis gegen Depression in Leipzig
- Übernahme der Schirmherrschaft durch den Landrat

•Umsetzung

- Einvernehmliche Handlungsempfehlung der GPK zum Aufbau eines Bündnisses gegen Depression: 15.09.2010.
- Geschäftsstelle Gesundheitsamt Hochsauerlandkreis
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Umsetzung

Auftaktveranstaltung: 24.04.2013



Ergebnisse

- Flyer zu den Hilfsangeboten und Adressen im HSK
- Train the Trainer Seminar
- Sponsoring – Einnahmen in Höhe von ca. 15.000 €
- Plakataktion
- Internetseite: www.depression-hsk.de
- Fortbildungen für Hausärzte

- Startveranstaltungen in 12 Städten und Gemeinden



Übertragbarkeit

Derzeit sind ca. 70 regionale Bündnisse aktiv, jetzt auch das Bündnis gegen Depression im Hochsauerlandkreis

Kontakt

Kommune: Hochsauerlandkreis - Gesundheitsamt -
Name: Karl Josef Fischer

Straße: Steinstraße 27
Ort: 59872 Meschede

Mail: karl-josef.fischer@hochsauerlandkreis.de
Telefon: 0291-941469
Fax: 0291-9426150

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Kommunale Gesundheitskonferenz Köln



Mitglieder KGK

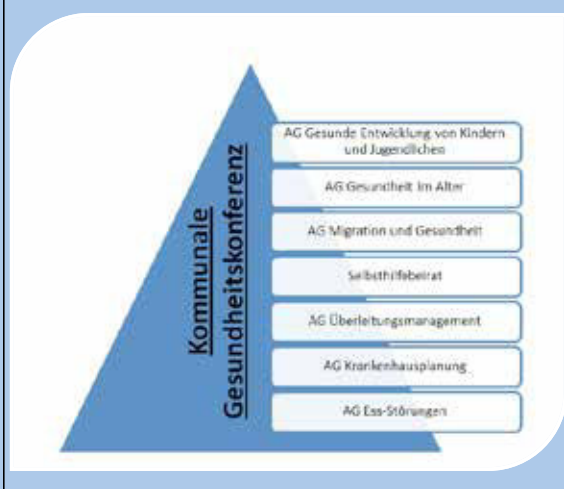
In der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln sind Vertreterinnen und Vertreter aus:

- Rat der Stadt Köln (eine Vertreterin oder ein Vertreter pro Fraktion)
- Gesundheitsamt
- Ärztekammer
- Zahnärztekammer
- Kassenärztliche Vereinigung
- Kassenzahnärztliche Vereinigung
- Apothekerkammer
- Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und des Patientenschutzes
- Freie Wohlfahrtspflege
- Gesetzliche Krankenversicherung
- Private Krankenversicherung
- Pflegeversicherung
- Renten- und Unfallversicherung
- Selbsthilfegruppen
- Stationäre Einrichtungen der Krankenversorgung
- Stationäre Einrichtungen der Pflege
- Träger ambulanter nichtärztlicher sozialer und pflegerischer Leistungen
- Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG)
- Seniorenvertretung
- Vertreter der Migrantinnen und Migranten
- Amt für die Gleichstellung von Frauen und Männern
- Arbeitskreis Frau und Gesundheit
- Jugendamt
- Schulamt
- Sozialamt
- Stadtsportbund

Umsetzungen



Arbeitsgruppen



Kontakt

Stadt Köln – Gesundheitsamt –
Geschäftsstelle Kommunale Gesundheitskonferenz

Neumarkt 15-21, 50667 Köln

Charlotte Dahlheim
Tel. 0221/221-23539 – Fax. 0221/221-22755
E-Mail: charlotte.dahlheim@stadt-koeln.de

Internet: www.stadt-koeln.de





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Konflikte und drohende Gewalt bei der Versorgung Pflegerbedürftiger durch Angehörige und Bezugspersonen Gesundheitskonferenz Krefeld -



Kommunale Aktion

- Beauftragung der Arbeitsgruppe *Häusliche Gewalt und Gesundheit* der KGK mit Situationsanalyse hinsichtlich Prävention und Umsetzung für Krefeld

Ziele

- Information von Angehörigen, Fachleuten des Gesundheitswesens, Multiplikatoren und Öffentlichkeit über Beratungs- und Hilfsangebote
- Sensibilisierung
- Enttabuisierung
- Prävention von Konflikten und Gewalt
- Vorbeugen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen
- Vernetzung

Ergebnisse

- Recherche von Studien/ Materialien/Angeboten zur Situation der häuslichen Pflege durch überforderte Angehörige/Bezugspersonen
- Aktualisierung der Liste der Krefelder Hilfeeinrichtungen
- Erstellung des Krefelder Flyers „*Beinahe wäre es passiert...!*“ – *Beratung u. Hilfe bei Konflikten und drohender Gewalt bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen durch Angehörige und Bezugspersonen*
- Projektinformationen für Fachleute/Multiplikatoren
- Verteilung über letztere
- Presse-, PR-Arbeit

Übertragbarkeit

- Krefelder Flyer angelehnt an entsprechende Flyerstruktur der Städte-Region Aachen, übertragbar auf andere Städte und Kreise nach Anpassung

Umsetzung:

05/2014 – Genehmigung von Gesundheitskonferenz,
ab 07/2014 – Bekanntmachung und Veröffentlichung



Kontakt

Stadt Krefeld
Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz
Gartenstr. 30-32
47798 Krefeld

birgit.paas@krefeld.de
jeanette.drees@krefeld.de

Telefon 02151 / 8635-03 oder
Telefon 02151 / 8635-63

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Gesundheitsförderung im Quartier Kommunale Gesundheitskonferenz Stadt Leverkusen



Kommunale Aktion

Gesundheitstag , Gesundheitsreihe im Stadtteil Rheindorf

Ziel

informieren, sensibilisieren, beraten, vorbeugen und vernetzen

Kooperationspartner

- Dienstleister aus dem Gesundheitssektor
- Stadt Leverkusen, Kommunale Gesundheits-, Sozial- und Pflegekonferenz
- Förderverein Rheindorfer Pänz e.V.

Die Aktion

- Rheindorfer Gesundheitstag in 2011, 2012, 2013 und 2014
- Rheindorfer Gesundheitsreihe mit Fachvorträgen (4mal im Jahr 2013 und 2014)

Ergebnisse

- große Akzeptanz der Bevölkerung im Stadtteil
- intensive Beteiligung der lokalen und überregionalen Anbieter und Institutionen
- effektive Vernetzung der Akteure
- sehr gute Erreichbarkeit der unterschiedlichen Zielgruppen
- gute Transparenz des Leistungsspektrums



Umsetzung

Rheindorfer Gesundheitstag:

- Informationsstände
- Diskussionsrunden
- Fachvorträge
- Mitmachaktionen

Rheindorfer Gesundheitsreihe

- Fachvorträge/Beratung



Rheindorfer Gesundheitstag 2012
Dr. Reinecke, Prof. Ertan, Prof. Schwimmbeck, Prof. Lauterbach, Dr. Radi



Kontakt

Kommune: Stadt Leverkusen FB 50
Name: Dorothea Skerhut

Straße: Miselohestr.4
Ort: 51379 Leverkusen

Mail: dorothea.skerhut@stadt.leverkusen.de
Telefon: 0214/406 5055
Fax: 0214/406 5002

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

1. Sport- und Gesundheitstag

kommunale Gesundheits- und Pflegekonferenz Kreis Lippe



In Kooperation mit Partnern fand der 1. Sport- und Gesundheitstag am 27.09.2014 in Detmold statt. Es ist geplant, diesen alle zwei Jahre erneut anzubieten.

Unser Ziel war es, möglichst viele Sportarten niedrigschwellig und kostenfrei für jedermann anzubieten.



Im Ergebnis wird es weitere Sport- und Gesundheitstage geben.



Die Übertragbarkeit eines Sport- und Gesundheitstages auf alle Kommunen in NRW ist einfach. Gerade die Kommune ist eine neutrale Plattform, die allen zugänglich ist.

Der Kreis Lippe ist Mitglied im „Gesunde Städte – Netzwerk“, der Kreissportbund (der Kooperationspartner) im Landessportbund. Im Rahmen des Programms „Bewegt GESUND bleiben in NRW!“ wurde diese Auftaktveranstaltung zur Gesundheitsförderung geplant.

Kontakt
Kreis Lippe
Der Landrat
Verbraucherschutz,
Gesundheitsamt
Gudrun Caesar
Felix-Fechenbach- Str. 5
32756 Detmold

g.caesar@kreis-lippe.de
Telefon 05231/62-2980



Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

LOTT-JONN Initiative Kinder- und Jugendgesundheit

Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann



Kommunale Aktion

Stufenweise entwickeltes Maßnahmenbündel zur Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche in ihren Lebenswelten

Ziel

„Gesund Aufwachsen im Kreis Mettmann“- Stärkung der Gesundheit durch eine flächendeckende und Verankerung von gesundheitsförderlichen Maßnahmen

Kooperationspartner

Schulen, Kindertageseinrichtungen, Jugendämter, Sportvereine, Kreissportbund, Träger der Jugendhilfe, niedergelassene und KJGD Kinderärztinnen und -ärzte, Frühförderung, Kreispolizei, psychosoziale Trägervereine

Die Aktion

Aus „LOTT-JONN Kindergarten in Bewegung“ entwickelte sich eine breit angelegte Initiative in den Handlungsfeldern „*Gesunde Lebenswelt Kita und Grundschule*“, „*Frühe gesundheitliche Hilfen*“ und „*Seelische Gesundheit*“

Umsetzung



Ergebnisse

Struktur - Entwicklung - Nachhaltigkeit

- Einrichtung einer Koordinationsstelle in der Gesundheitsförderung mit dem Schwerpunkt Bewegungsförderung
- Aufbau einer zentralen Kartei des Frühförderbedarfs kreisweit

Prozess - Qualität - Evaluation

- Stufenweise und flächendeckende Einbindung von KTE zu Themen der Gesundheitsförderung und Prävention
- Evaluation durch die Sporthochschule Köln und Auszeichnung für *Kindergarten in Bewegung* als vorbildliches Programm (QUIP 2007 Uni Hamburg Eppendorf)
- Nachgewiesene Optimierung der Mittagsverpflegung in KTE auf der Basis von Nährwertanalysen und Checklisten (*Qualitätsstandard der DGE e.V. ; 2009-2014*)
- Verbesserung im Verhalten (*Zimmer 1999*) und in der Motorik (*Roth; Balster 1996*) über psychomotorische Fördergruppen in sechs von zehn Kreisstädten
- Ressourcensteuerung im Bereich der frühen gesundheitlichen Hilfen
- Weiterentwicklung des Schulprojektes zur Erhaltung der psychischen Gesundheit für die Zielgruppe von Kindern ab der 5. Klasse
- Kooperationsvereinbarungen „Kinder psychisch kranker Eltern“ in allen vier Versorgungsregionen



Übertragbarkeit

- Erfolgreiche Methoden und Ansätze dienen als Vorbild für die weitere Konzeptentwicklung innerhalb des Gesundheitsamtes und bei der flächendeckenden Umsetzung in kreisangehörige Städte (Kreis Mettmann= zehn Städte).
- Die Partizipation der verschiedenen Ebenen –Zielgruppen und Akteure, Fachdienst, Verwaltung und Politik- und die fachliche Qualität und Evaluation sind maßgeblich für den Erfolg.
- Konzepte im Bereich KTE und Grundschule liegen vor und können auch in anderen Kommunen angepasst und genutzt werden.

Kontakt: Anja Kirches

Kreis Mettmann
Kreisgesundheitsamt Mettmann

Düsseldorfer Str. 47
40 822 Mettmann

anja.kirches@kreis-mettmann.de
Telefon 02104 / 99 22 60
Fax 02104 / 99 52 53





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Kinder in den Blick nehmen

Modellprojekt „Seele stärken in der inklusiven Grundschule“
Arbeitsgruppe der Gesundheits- und Pflegekonferenz Kreis Mettmann



Kommunale Aktion



Ziel

- Erstellung eines präventiven Ganztagskonzeptes zur psychischen Gesundheit aller Beteiligten in der Lebenswelt Schule
- Schwerpunkt: Verbesserte Förderung von Kindern mit auffälligem Verhalten
- Vernetzung der Schule u.a. im psychosoziale Umfeld
- Entwicklung von Handlungsempfehlungen

Kooperationspartner



Untere Schulaufsicht im Kreis Mettmann, Kreisgesundheitsamt, Dienste der Stadt Haan, AWO als Träger des Ganztags, psychologische Beratungsstelle für Hilden und Haan und andere

Übertragbarkeit

- Notwendigkeit der Förderung der seelischen Gesundheit in Schulen und der individueller Förderung im Bereich Verhalten an allgemeinen Schulen (Inklusion)
- Bestehendes Rahmenmodell (RTI)
- Vorliegen von diagnostischen Verfahren und Förderkonzept
- positive Erfahrungen bei der systematischen Weiterentwicklung von Kompetenzen, Strukturen und Konzepten innerhalb der Schule

Für Übertragbarkeit: Zusätzlicher Bedarf an Prozesssteuerung- und -begleitung notwendig!

Umsetzung:



Konzeptentwicklung und Umsetzung im Schulalltag:

- Förderung der sozial-emotionalen Gesundheit durch geeignete Methoden
- Diagnostik: Einschätzung des Sozial- und Lernverhaltens bei jedem Kind bis zu 2 x pro SJ*
- Förderung: Arbeit an Verhaltenszielen, Konferenzen multiprofessioneller Teams (4-6 Wo.) zur Evaluation der individuellen Verhaltensziele, Prozessbeobachtung
- Einbindung der seelischen Gesundheit der Pädagogen und Bewegung im Schulalltag
- Kooperation mit externen Partnern
- Schaffung von Verstetigungsstrukturen



Frühzeitiges Erkennen und präventive Förderung

Pyramide der Schule Bollenberg 14/15

Kontakt

Anna Schiffer: KGA Mettmann, Gesundheitsförderung
Edith Schlaack: GGS Bollenberg, Haan

Karolina Urton: Landeschulpsychologie Schulamt KME
Mail: karolina.urton@kreis-mettmann.de
Telefon: 02104_992010

* Petermann, U. & Petermann, F. (2013). Lehrerschätzliste für Sozial- und Lernverhalten. Högrefe





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Gesunde Schulen im Mühlenkreis Kreis Minden-Lübbecke



Ziel des Projekts: Kennenlernen, Einüben und Reflexion eines gesunden Ernährungsverhaltens in den weiterführenden Schulen im Kreis Minden-Lübbecke.
Zielgruppe: Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 6-10 der weiterführenden Schulen.

Die Auszeichnung „Gesunde Schule im Mühlenkreis“ gilt nur für das jeweils laufende Schuljahr.

Voraussetzungen für die Auszeichnung:

- Gesundheitsförderung im Schulprogramm verankert.
- Zwei verantwortliche Lehrkräfte pro Schule werden benannt, die mit Schulleitung und Eltern zusammenarbeiten und das Projekt als Multiplikatoren auch ohne externe Unterstützung anbieten können.
- Schulen zeigen ihre Erfahrungen in der Umsetzung von Gesundheitsförderungsprojekten auf.

Alle Schulen weisen einmal im Jahr nach, dass sie an dem Thema arbeiten, um weiterhin in den Besitz dieser Auszeichnung zu kommen.

Inhaltliche Schwerpunkte sind die Themen „Gesundes Frühstück“, „Fitness und Denkleistung“, „Vermeidung von und Hilfe bei Übergewicht“, „Essstörungen“, „Gesunder Schulkiosk“, „Natürlich Aktiv“ mit u.a. folgenden Punkten:

- Kennenlernen und Zubereiten eines gesunden Frühstücks
- Kennenlernen und Anwenden der Ernährungspyramide
- Führung eines Ernährungs- und Getränkeprotokolls
- Kennenlernen der Risiken von Diäten
- Umsetzung eines gesunden Pausenangebots durch Projekttag / Schulungen / Ideenpool
- Bekannt machen von Beratungs- und Hilfeangeboten
- Alternativen zu suchtförderndem Verhalten kennenlernen (z.B. Entspannungstechniken)
- Stärkung körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit
- Stärkung psychosozialer Ressourcen
- Bindung an Bewegung in der Natur

Projektumsetzung: über DiätassistentInnen, ErnährungsberaterInnen und einer Sozialarbeiterin der Kostenträger.



Das Logo zum Projekt: Entworfen und erstellt von Schülerinnen und Schülern des Leo-Symphoniker-Berufskollegs Minden

Ergebnisse:

- Verbessertes und ausgewogeneres Ernährungsangebot
- Stärkung des Gesundheitsbewusstseins aller Beteiligten
- 24 Schulen haben sich im Schuljahr 2014/2015 beteiligt und wurden ausgezeichnet

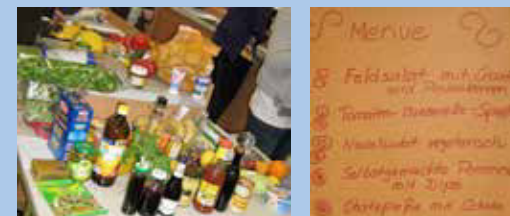


„Wir haben mit der Pyramide gearbeitet; berechnet, wann man Übergewicht hat (zu dünn oder normal ist); geforscht, wieviel Zucker in einer Flasche ist; waren häufig in der Küche“

Mark

„Das hat mir gut gefallen: das Kochen, das Arbeitsblatt vom Fettquiz, den BMI zu bestimmen, die Ernährungsampel und insgesamt die ganzen 8 Tage Ernährung haben mir viel Spaß gemacht“

Joleen



Gesundes Mittagsmenue, von Schülerinnen und Schülern geplant und umgesetzt

Kostenträger und Projektpartner:



Kontakt:

Kreis Minden-Lübbecke
 Dr. Christian Adam

Portastr. 13
 32423 Minden

E-Mail: c.adam@minden-luebbecke.de

Tel.: 0571/807-23630

Fax: 0571/807-33630

Ministerium für Gesundheit,
 Emanzipation, Pflege und Alter
 des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
 Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Kindergesundheit Kommunale Gesundheitskonferenz Mönchengladbach

MÖNCHENGLADBACH



Kommunale Aktion

Aufbau eines Netzwerkes Kindergesundheit 2005-2007

Ziel

Umsetzung von „gesunder Ernährung“ und ausreichender Bewegung im Setting Schule, Kita, Familie zur Prävention von Übergewicht und motorischen Defiziten

Kooperationspartner

Städtische Fachbereiche Gesundheit, Kinder/ Jugend/ Familie, Schule und Sport, Hochschule Niederrhein, Stadtsportbund, Kinderschutzbund, DAAB, Verbraucherzentrale, FBS, Caritas, RAA, AOK, Barmer GEK, IKK classic, Ökotrophologen, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Erzieherinnen, Ärzte, Berufskollegs.

Die Aktion

Information über anerkannte Empfehlungen zu Ernährung und ausreichender Bewegung.

Ausbau und Bekanntmachung von Förderangeboten zur Prävention von Übergewicht und motorischen Defiziten.

Umsetzung

Bildung eines Koordinierungsteams aus den städtischen Fachbereichen und der HS Niederrhein, Entwicklung von Handlungsempfehlungen und deren Umsetzung zusammen mit den Kooperationspartnern in Unterarbeitsgruppen. Regelmäßige Gesamttreffen und Zwischenberichte in der KGK.

1. Analyse des IST-Zustandes der Prävalenz von Übergewicht und motorischen Auffälligkeiten sowie vorhandener Angebote (Ernährung/ Bewegung)
2. Multiplikatorenschulungen und „Runde Tische“
3. Erstellung eines Wegweisers Kindergesundheit für Eltern und Multiplikatoren
4. Öffentlichkeitsarbeit (regelmäßige Kolumne in regionaler Zeitung)

Ergebnisse

- Zertifizierung von Kitas zu „anerkannten Bewegungskindergärten“
- Ausbau der Projekte „schwer mobil“ und „kids aktiv“
- Entwicklung eines „Formulars“ für Mitteilungen von Erzieherinnen in Kitas an die Kinderärzte/ innen
- Kitas nehmen am Projekt „Ich geh zur U! Und DU?“ teil



Eine KITA wird 2007 3. Sieger beim bundesweiten Wettbewerb des Projektes „Ich geh zur U! Und DU?“

Übertragbarkeit

Möglich bei fachübergreifender Kooperation der kommunalen Fachbereiche unter Einbindung lokaler Kooperationspartner

Kontakt

Stadt Mönchengladbach
Dr. Gabriele Buhl, Berthold Seibel

Am Steinberg 55
Mönchengladbach

gesundheitsamt@moenchengladbach.de
Telefon 02161 / 256503
Fax 02161 / 256599

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Aufbau eines Netzwerkes und Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern

Kommunale Gesundheitskonferenz Mülheim an der Ruhr



Kommunale Aktion

Netzwerk für Kinder psychisch kranker Eltern (KipE)

Ziel

Aufbau eines Netzwerkes und Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern

Kooperationspartner

Stadt Mülheim an der Ruhr
Kommunale Gesundheitskonferenz
Caritasverband Mülheim e.V.
AWO Mülheim e.V.

Die Aktion



Umsetzung

Startphase 2010
Fachtagung 2011
Arbeit der Steuerungsgruppe 2012
Förderantrag an die Aktion Mensch 2012
Einrichtung einer Koordinierungsstelle 2012
Regelmäßige Netzwerk- und Arbeitskreistreffen 2013, 2014



Ergebnisse



Aufgabenbereich: Angebote KipE

Was hat sich getan?

- | KIPe | NetzwerkpartnerInnen |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Lotterien | <ul style="list-style-type: none"> • AWO Gruppenangebot • Schatzinsel • Klinikprechende der Caritas in der Erwachsenenpsychiatrie • Marie Meo im Frühförderzentrum der Stadt |



Kontakt

Kommune: Stadt Mülheim an der Ruhr
Name: Herr Melloch

Straße: Heinrich-Melzer-Str. 3
Ort: 45468 Mülheim an der Ruhr

Mail: gabriel.melloch@muelheim-ruhr.de
Telefon: 0208/4555306
Fax: 0208584555306

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Handlungsempfehlungen Kommunale Gesundheitskonferenz Münster



Umsetzung am Beispiel: Optimierung der gesundheitlichen Versorgung von Opfern häuslicher Gewalt in Münster

Ziel

- Ziel 1: Die im Gesundheitswesen Tätigen sind gut informiert über Handlungsmöglichkeiten zum Thema „Häusliche Gewalt“
- Ziel 2: Aus- und Fortbildungen vermitteln das nötige Wissen
- Ziel 3: Die Vernetzung im Gesundheitswesen Tätiger in Münster gelingt
- Ziel 4: Die Öffentlichkeitsarbeit erreicht die Zielgruppen

Kooperationspartner

Krankenhäuser, Krankenkassen, Ärztekammer, Kassenärztliche Vereinigung, Institut für Rechtsmedizin UKM-Gewaltopferambulanz, Kinder- und Jugendarztpraxis, Gesundheitsamt, Frauenbüro, Arbeitskreis Gewaltschutzgesetz, Sozialamt, Seniorenvertretung, Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e. V. (AKF)

Die Aktionen

Handlungsempfehlungen vom 19.10.05:

- **med-doc-card** mit konkreten Tipps zur Dokumentation von Fällen häuslicher Gewalt an alle betroffenen Arztpraxen
- **ausführlichere Liste mit Ansprechpartnern** im Internet www.gewaltschutz-muenster.de
- unterstützende Hilfen für die Dokumentation von Fällen häuslicher Gewalt in Form von Downloads auf der **Internetseite der Ärztekammer Westfalen-Lippe**
- **Notfallkarte** für Frauen und Kinder mit Infos über die Unterstützungsangebote in Münster in verschiedenen Sprachen und im Visitenkartenformat; wurde mit Plakaten an alle hauptsächlich angesprochenen Arztpraxen verteilt, damit sie dort leicht von betroffenen Frauen eingesteckt werden können.

Umsetzung und Ergebnisse

Die Umsetzung hat der AK Gewaltschutzgesetz Münster übernommen. Der AK besteht aus Frauenhäusern, Beratungsstellen, Dt. Juristinnenbund, Institut für Rechtsmedizin, Uniklinik, Polizei, Landgericht, Staatsanwaltschaft, Weisser Ring, Gesundheitsamt, Kommunalem Sozialdienst, Sozialamt und Frauenbüro.

- Teilweise **gemeinschaftliche Finanzierung** durch mehrere Mitglieder der Gesundheitskonferenz
- Neuauflage der **Notfallkarte** mit finanzieller Hilfe mehrerer Krankenkassen in 2010 und 2014
- Beteiligung an der Wanderausstellung „**Münsters Standpunkte gegen Gewalt**“
- **Fortbildungen bzw. Fachtagungen** zur Förderung und Vernetzung der Beteiligten (tlw. in Kombination mit Benefizveranstaltungen zur Unterstützung der Beratungsstellen):

- 2006 Häusliche Gewalt – erkennen und handeln
- 2007 Zwangsheirat
- 2008 Diagnose: Häusliche Gewalt – Täter in der Verantwortung
- 2010 Traumatisierung von Kindern durch das Erleben von Partnergewalt

Übertragbarkeit

auf alle Kommunen uneingeschränkt übertragbar

Kontakt

Stadt Münster
Amt für Gesundheit, Veterinär- und
Lebensmittelangelegenheiten
Stühmerweg 8
48147 Münster

Brigitte Kempe
gesundheitskonferenz@stadt-muenster.de
Telefon 0251 / 492-5306
Fax 0251 / 492-7791





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Waldbröler Kinder haben Zukunft Kommunale Gesundheitskonferenz Oberbergischer Kreis



Kommunale Aktion

Aufbau einer integrierten kleinräumigen Berichterstattung

Ziel

Verbesserung der Entwicklungschancen von Kindern. Sinnvoller Ressourceneinsatz um die Prävention und Versorgung von vulnerablen Kindern und Jugendlichen zu verbessern

Kooperationspartner

Stadt Waldbröl, Sozial-, Jugend-, Schul-, Gesundheitsamt des Oberbergischen Kreises, Bildungsnetzwerk, Psychologische- und Schuldnerberatungsstelle des Kirchenkreises an der Agger, Sprachheilbeauftragte, Kirchengemeinde Waldbröl, Caritas sowie das Bündnis für Familie.

Die Aktion

Aufbau der abgeschotteten Statistikstelle und der kleinräumigen Gliederung. Individuelle Beratung von Eltern, Kindern, Kitas und Grundschulen zum Thema Sprache. Ist-Analyse auf Basis der Daten der Kindergarten-, Schuleingangs- und Untersuchungen der 7. Klassen des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes und der Sprachheilbeauftragten.

Umsetzung

Fachtagung zum armutssensiblen Handeln in der Kinder- und Jugendhilfe. Familienfreundlichkeit als Querschnittsaufgabe kommunalen Handelns. Frühe Prävention von Entwicklungsauffälligkeiten. Eine „Vererbung“ eingeschränkter Teilhabechancen soll verhindert werden.



Ergebnisse

Netzwerkarbeit hat für die Kinder in Waldbröl die Zugangswege zur Diagnostik verbessert und bedarfsgerechte Hilfsangebote, Unterstützung und Therapiemöglichkeiten werden gefördert. Das Nachbarschaftsbüro Waldbröl Eichen leistet integrative Stadtteilarbeit. Es führt das Elternbildungsprogramm HIPPPY mit Kindern im Alter von 4-7 Jahre durch. Ehrenamtliches Engagement wird vom Weitblick Büro Waldbröl organisiert



Daten aus dem Einwohnermeldewesen der Stadt Waldbröl wurden mit dem DUVA Informationsmanagementsystem für den Stichtag 31.12.2013 vom Kommunalen Gebietsrechenzentrum civitec bereitgestellt. Die Karte wurde von Arthur Rachowka empirica Bonn als technischer Dienstleister für den KECK-Atlas erstellt.

Übertragbarkeit

Die in Waldbröl gemachten Erfahrungen werden auf die anderen Kommunen des Oberbergischen Kreises übertragen. Mit dem KECK Atlas als Monitoring System für ungleiche Chancen auf Sozialraumbene lassen sich differenzierte Präventions- und Interventionsstrategien erarbeiten. Als KECK-Leuchtturm der Bertelsmann Stiftung steht der Oberbergische Kreis bei Rückfragen anderen Kommunen zur Verfügung. www.keck-atlas.de

Kontakt

Oberbergischer Kreis
Dr. Friedhelm Ortlieb

Am Wiedenhof 1 - 3
51643 Gummersbach

friedhelm.ortlieb@obk.de
Telefon 02261/ 88 5310
Fax 02261/ 88 972 5310





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Qualifizierungsmaßnahme Interkulturelle Gesundheitsmediatoren Kommunale Gesundheitskonferenz Stadt Oberhausen



In Kooperation von Gesundheitsplanung, der Koordinierungsstelle Integration und dem Zentrum für Integration und Bildung wurden in den Jahren 2007/2008 und 2011/2012 insgesamt 38 Gesundheitsmediatoren ausgebildet.



Zertifikatsübergabe im Dezember 2012

Ziele des Einsatzes von Interkulturellen Gesundheitsmediatoren

- in deutsch, zweisprachig oder in der Muttersprache das erworbene Wissen weiter geben
- Wissen und Informationen verständlich vermitteln: Basis qualifiziert Basis
- Kontakte zu den kommunalen und sozialen Diensten herstellen, über deren Angebote informieren, Schwellenangst nehmen
- Fachpersonal unterstützen – kultursensible Flankenhilfe

Vernetzung - Implementierung in Strukturen



Qualifizierungsmodule – Beispiele für Inhalte

- Gesunde Ernährung: Praxis und Theorie
- Entwicklung des Kindes
- Sprachentwicklung und Bewegungsförderung
- Schwangerschaft, Familienplanung, Psychohygiene
- Kommunikations- und Präsentationstechniken
- Methoden zum Lernen in Gruppen
- Praktika: Vorbereitung, Begleitung, Auswertung



Learning by doing

Derzeitige Einsatzgebiete der Gesundheitsmediatoren auf Honorarbasis:

- Offener Ganztags in Grundschulen
- Pro Wohnen – Anlaufstelle im Quartier
- Ruhrwerkstatt – Spielmobil
- Familienzentren
- Moscheevereine
- Sportvereine
- Städtische Einrichtungen



Küche in einem Familienzentrum

Kontakt:

Stadt Oberhausen -
Gesundheitsplanung
Norbert Turra-Ebeling
Tannenbergsstraße 11-13
46045 Oberhausen
norbert.turra@oberhausen.de
Telefon: 0208-8252984
Fax: 0208-8255330
www.mediatorinnen-oberhausen.de

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Versorgung von sterbenskranken Menschen Kommunale Gesundheitskonferenz – Kreis Recklinghausen



Kommunale Aktion

Planung und Koordination der Arbeitsgruppen zur Verbesserung der qualitativen und strukturellen Versorgung im Kreis Recklinghausen

Ziel

- flächendeckende Versorgungsangebote für schwerkranken und sterbende Menschen
- Qualitätsstandards im Entlassmanagement

Kooperationspartner

Krankenhäuser
Krankenkassen
Apotheken
Ambulante und stationäre Pflege
Hausärzte
Ambulante und stationäre Hospizdienste
Selbsthilfe und Patientenvertreter
...

Die Aktion

Wegweiser Hospiz- und Palliativnetz
Leitfaden zum Entlassmanagement

Ergebnisse



Dieser Wegweiser Hospiz- und Palliativnetzwerk informiert über die bestehenden Angebote im Kreis Recklinghausen

Der Leitfaden zum Entlassmanagement beinhaltet folgende Unterlagen – auch als CD

- Handlungsempfehlung zur Kommunikation und Kooperation der Dienste
- Muster – Antwortfax
- Checkliste zum Entlassmanagement
- Patientenüberleitungsbogen
- Ärztlicher Kurzbericht
- Notfallinformationsbogen

Übertragbarkeit

Die in einer Mappe zusammengestellten Unterlagen können in die bestehenden Arbeitssysteme der am Entlassmanagement beteiligten Dienste und Einrichtungen eingepflegt werden.

Umsetzung



Vertreter aus allen, am Thema beteiligten Einrichtungen und Berufsgruppen arbeiteten in themenbezogenen Arbeitsgruppen zusammen. Sie erarbeiteten Arbeitsabläufe zum Entlassmanagement, ermittelten Schnittstellen und Klärungsbedarfe und erstellten Unterlagen zur Verwendung in der täglichen Praxis für Krankenhäuser, ambulante und stationäre Pflege, Hausärzte.

⇒ Leitfaden zum Entlassmanagement

Kontakt

Kreis Recklinghausen
FB Gesundheit, Bildung und Erziehung
Annette Schmidt
Kurt-Schumacher-Allee 1
45657 Recklinghausen

Annette.schmidt@kreis-re.de
Telefon 02361 / 53 48 31
Fax 02361 / 53 68 48 31



Im Rheinisch-Bergischen Kreis wachsen Kinder gesund und sicher auf

Kommunale Gesundheitskonferenz Rheinisch-Bergischer Kreis

Kommunale Aktion

„Im Rheinisch-Bergischen Kreis wachsen Kinder gesund und sicher auf“

Ziel

Gestaltung einer gesunden und geborgenen Kindheit sowie Stärkung der Elternkompetenz.



Kooperationspartner

Kinderärzte, Geburtskliniken, Jugendämter, Kindertageseinrichtungen, Schulen.

Die Aktion

Im Mittelpunkt stehen die Gesundheit und das Wohlergehen der Kinder. Die Aktion soll dazu beitragen, dass gesundheitliche Defizite und Erkrankungen frühzeitig erkannt beziehungsweise verhindert werden. Dazu bietet das Programm bereits vor der Geburt der Kinder Unterstützung und besteht weiter bis zur Schulentlassung.

Umsetzung

- Unterstützung der Eltern vor und nach der Geburt durch aufsuchende Beratung von Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern
- Initiierung gesundheitsfördernder Maßnahmen bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen (zum Beispiel Frühförderung)



- Gesundheitsförderungs- und Präventionsangebote, regelmäßige jugendärztliche Sprechstundenangebote in Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Multiplikatorenschulungen und Fortbildungsangebote



Ergebnisse

- Nach dreijähriger Erprobungs- und Umsetzungsphase wurde das Projekt „Im Rheinisch-Bergischen Kreis wachsen Kinder gesund und sicher auf“ abgeschlossen und als Regelangebot im Gesundheitsamt fortgeführt.
- Mehr als 100 Sprechstunden in Schulen und Kindertagesstätten jährlich
- Intensive Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und Arbeitskreis Prävention
- Regelmäßige Berichterstattung in der Kommunalen Gesundheitskonferenz

Übertragbarkeit

Aufgrund der Rahmenbedingungen ist eine Übertragung auf jede Gebietskörperschaft möglich.



Kontakt: Rheinisch-Bergischer Kreis, Der Landrat, Amt für Gesundheitsdienste, Heike Döhmman, Am Rübezahlwald 7, 51469 Bergisch Gladbach, gesundheitskonferenz@rbk-online.de, Tel.: 02202 13-2208, Fax: 02202 13-102452



Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Kommunale Gesundheits- und Pflegekonferenz des Rhein-Kreises Neuss



Die Gesundheitskonferenz des Rhein-Kreises Neuss tagt seit 1990 zweimal jährlich und greift aktuelle Probleme und Entwicklungen im kommunalen Gesundheitswesen auf. Im November 2013 wurden die beiden Gremien Gesundheitskonferenz und Pflegekonferenz zusammengelegt.

Die Themen werden in der Regel in Arbeitsgruppen bearbeitet, die dauerhaft oder temporär eingerichtet werden. Dauerhafte Arbeitsgruppen der Gesundheitskonferenz sind:

- Arbeitskreis Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter
- Steuergruppe Sucht und Psychiatrie

Themen, die bisher von der Gesundheitskonferenz bearbeitet wurden (Auswahl):

- Herzinfarkt (und andere) Herz-Kreislauf- Erkrankungen
- Betriebliche Gesundheitsförderung
- Diabetes
- Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter
- Gesundheitsförderung im Alter
- Häusliche Gewalt
- Methadonsubstitution
- Nichtraucherschutz
- Patientenrechte
- Psychiatrie
- Schlaganfall
- Selbsthilfe
- Zahngesundheit

Neben der Konferenz betreut die Geschäftsstelle im Gesundheitsamt auch den Bereich Gesundheitsförderung und Prävention. Diese Aktivitäten sind wiederum eng mit der Konferenz verbunden und überwiegend aus ihr hervorgegangen (Auswahl):



- Fitnessolympiade
- Fitnetz – das gesunde Netzwerk für Kindertagesstätten
- Gesund genießen – gesunde Mittagsverpflegung in weiterführenden Schulen
- gewichtig!* (In Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des Kreisgesundheitsamtes)
- Hüpfdützchen – Kindergarten in Bewegung
- Sturzprävention – Gesundheitsförderung im Alter

Folgende Ergebnisse konnten erzielt werden (Auswahl):

diverse Projekte zur Gesundheitsförderung im Kindes- und Jugendalter

Kampagnen und Infomaterialien (Herstellung von Transparenz), z.B.:

- Schlaganfallwegweiser
- Patientenratgeber
- Bericht: Kindergesundheit im Rhein-Kreis Neuss 2005, 2007 und 2011
- Schlaganfall-Informationskampagne in Kooperation mit Partnern im Netzwerk Gesunder Niederrhein
- Alzheimerkampagne
- diverse Aktionstage zur Information der Bevölkerung



Maßnahmen zur Verbesserung von Versorgungsstrukturen:

- Diabetes-Schulungsvereine
- Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen
- Konzept: Methadon-Substitution (Konsiliar-Ärzte)
- Aktionsprogramm Kinder- und Jugendgesundheits im Rhein-Kreis Neuss
- Aktionsprogramm Gesundheitsförderung im Alter

Kontakt

Kommune: Rhein-Kreis Neuss
Name: Katharina Czudaj

Straße: Auf der Schanze 1
Ort: 41515 Grevenbroich

Mail: katharina.czudaj@rhein-kreis-neuss.de
Telefon: 02181-6015402
Fax: 02181-60185402





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

Präventionsangebot bei Alkoholintoxikation Kommunale Gesundheitskonferenz im Kreis Warendorf



„Klar werden“!

Party – Alkoholvergiftung – Krankenhaus – Kritischem Alkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen begegnen Kliniken, Beratungsstellen und Jugendämter im Kreis Warendorf Hand in Hand und unverzüglich bereits in der Krisensituation. Arzt oder Ärztin sprechen noch vor der Entlassung mit den betroffenen Eltern und Jugendlichen, klären auf und weisen auf die Notwendigkeit einer Beratung durch die Fachkräfte der Suchtberatungsstellen hin. Mit Einverständnis der Eltern werden die persönlichen Daten noch in der Klinik erfasst und von dort aus direkt an die Beratungsstellen übermittelt.

Ziele

Einleitung der Hilfe unmittelbar in der Krisensituation. Verbindliche Herstellung eines Kontaktes zwischen Betroffenen und Beratungsstellen. Genaue Erfassung der Vorfälle zur abgestimmten Gesundheits- und Präventionsplanung der zuständigen Ämter und Institutionen.

Umsetzung

1. Die Klinikärzte/innen holen eine Schweigepflichtsentbindung von den Erziehungsberechtigten ein. Die Daten des betroffenen Kindes bzw. Jugendlichen werden an eine Sucht- und Drogenberatung weitergeleitet.
2. Nutzung eines einheitlichen Erfassungsinstrumentes von alkoholintoxikierten Kindern und Jugendlichen in Kliniken des Kreises Warendorf. Fachliche Auswertung durch die Fachstelle für Suchtvorbeugung des Arbeitskreises Jugend- und Drogenberatung im Kreis Warendorf e.V.. Dokumentation über die Arbeitsgemeinschaft Suchtvorbeugung im Kreis Warendorf (www.suchtvorbeugung-waf.de/?p=1254). Nutzung der Daten für die Kinder- und Jugendgesundheitsberichterstattung sowie für die Jugendhilfeplanung.
3. Qualitätssicherung erfolgt durch regelmäßige Abstimmung zwischen allen beteiligten Institutionen unter der Federführung des Gesundheitsamtes des Kreises Warendorf.



Ergebnisse

Unter Federführung des Gesundheitsamtes in enger Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendamt ist eine tragfähige Kooperation zwischen Kliniken und Sucht- und Drogenberatungsstellen entstanden.



Vertreterinnen und Vertreter des Gesundheits- und des Kreisjugendamtes Warendorf, der Sucht- und Drogenberatung im Kreis Warendorf sowie der Arbeitsgemeinschaft Suchtvorbeugung im Kreis Warendorf, der Fachstelle für Suchtvorbeugung und der Kliniken im Kreis Warendorf

Die gezielte Ansprache bereits im Krankenhaus in Verbindung mit der Herausgabe des Flyers „Klar werden“ ist ein geeigneter Ansatz, um alle betroffenen Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren und grundsätzlich einen ersten Kontakt zum Hilfesystem im Suchtbereich zu ermöglichen.

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.suchtvorbeugung-waf.de

Die Übertragbarkeit des Projektes in andere Kreise bzw. kreisfreie Städte ist möglich!

Kontakt

Kreis Warendorf
Gesundheitsamt
Petra Lummer

Waldenburger Str. 2
48231 Warendorf

Petra.Lummer@kreis-warendorf.de
Tel: 02581-53 5302
Fax: 02581-53 5398





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

„Gesunder Niederrhein...gegen den Schlaganfall“: ein regionales Public Health Programm 2003-2008



Kommunale Aktion

Regionale Gesundheitsziele, Kooperation und Vernetzung, Intersektoralität, Nachhaltigkeit (Laufzeit 5 Jahre), Soziales Marketing und Kommunikationsstrategie, Corporate Design, Zielgruppen und Settings sowie normative und summative Evaluation

Ziel

Optimierung der Schlaganfall-Versorgung („Zeit ist Hirn“) Hierfür Information der Bevölkerung zu
 1.) Schlaganfall = akuter Notfall => sofort Notruf 112 wählen
 2.) den wichtigsten Symptomen (Halbseitenlähmung, Sprach- oder Sehstörungen etc.) Hierdurch => Senkung der Prähospitalzeiten bei Schlaganfall-Betroffenen



Kooperationspartner

Netzwerkpartner sind die KGK-Geschäftsstellen aus:

- Landeshauptstadt Düsseldorf
- Stadt Krefeld
- Stadt Mönchengladbach
- Rhein-Kreis-Neuss
- Kreis Viersen
- Kreis Wesel

- Kreis Düren (Kooperationspartner)



Umsetzung: Bedarfsanalyse durch kommunale Expertenpanels, Surveys zum Bevölkerungswissen sowie eine stichprobenartige Erhebung von Klinikdaten zur Beurteilung der Versorgungsqualität. Darauf aufbauend: Maßnahmenkatalog mit einem Zwei-Ebenen-Umsetzungsmodell:

- a) Soziales Marketing: Flyer, Poster, Großplakate & City-Light-Boards, Pressearbeit
- b) Personale Ansprache: Information von Zielgruppen
- c) Zentrale Telefonhotline



Ergebnisse: Die Elemente des Konzeptes konnten interkommunal dauerhaft umgesetzt werden. Das Handlungswissen „Bei Schlaganfall Notruf 112 wählen“ verbesserte sich in Düsseldorf signifikant von 32,5% (Survey 2000) auf 50,6 % richtige Nennungen (2004) und schließlich 69 % im Kreis Wesel (2008).



Übertragbarkeit

Das „Netzwerk Gesunder Niederrhein“ mit seinem Programm „Gesunder Niederrhein...gegen den Schlaganfall“ zeigt modellhaft die Umsetzung einer komplexen, dauerhaften und intersektoralen Intervention bei knappen Ressourcen im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Aufgrund des demografischen Wandels und medizinischer Fortschritte stellt die Volkskrankheit Schlaganfall - auch im aktuellen Kontext der WHO-Konzeption zu NCD (nichtübertragbaren Krankheiten) - weiterhin ein vorrangiges Public-Health Thema dar.

Literatur:

Rau R, Rumpelstin C, Hoop R, Pfeiffer H, Drees J, Paas B, Schmitz-Buhl G, Geraedts M: 5 Jahre „Gesunder Niederrhein...gegen den Schlaganfall“: Konzeption, Umsetzung und Evaluationsergebnisse eines regionalen, intersektoralen und nachhaltigen Public Health Programms. Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen (ZEFQ) 103 (2009) 481-485.

Leifeld T, Rau R: Schlaganfallprävention – Neue Ansätze der Bevölkerungsansprache durch den öffentlichen Gesundheitsdienst. Prävention 2008, 3:75-80.

Pfeiffer H, Rau R, Mensing M, Schneller H, Brand H: Schlaganfall-Prävention: Identifizierung von Präventionspotenzialen durch Bevölkerungssurveys. Prävention 2006, 1:99-107.

Kontakt

Kreis Wesel, Fachdienst
 Gesundheitswesen
 Dr. Rüdiger Rau
 Mühlenstr. 9-11
 47441 Moers

ruediger.rau@kreis-wesel.de
 Telefon 02841 / 202-1120
 Fax 02841 / 202-1114





Bilanz und Perspektiven der kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Fachtagung am 7. Mai 2015 in Düsseldorf

EurSafety-Health-net und AG MRSA 2009-2014 Kommunale Gesundheitskonferenz Kreis Wesel



Kommunale Aktion

Aufbau eines „MRSA-Netzwerkes“ nach niederländischem Vorbild

Ziel

Infektionsschutz und Patientensicherheit im Gesundheitswesen verbessern

(=> MRSA = Multiresistente Staphylokokkus aureus)

Kooperationspartner

- AG MRSA im Kreis (8 Krankenhäuser, KV, AOK)
- EurSafety-Health-net: Canisius-Wilhelmina-Krankenhaus, Nimwegen = Projektleitung EUREGIO Rhein-Waal

Die Aktion

1. Aufbau eines „MRSA-Netzwerkes“

- a) MRSA-Netzwerk der Krankenhäuser
- b) Rettungsdienste und Krankentransportdienste
- c) Niedergelassene Ärzte/innen
- d) Alten- und Pflegeheime

2. Information der Bevölkerung

- a) „Stopp Schmuttel-Fritze“/“Stop Vuile Freddie“
- => Zielgruppe: Kindergärten und Schulen

Ergebnisse

1. EurSafety-Qualitätssiegel für alle 8 Krankenhäuser im Kreis Wesel im Juni 2011
2. Fortbildung im Rettungs- und Krankentransportdienst
3. MRSA-Netz für niedergelassene Ärzte/innen seit 2012 im Aufbau
3. Alten- und Pflegeheime: Gütesiegel zum Infektionsschutz im November 2013 gestartet
4. Pilotprojekt „Stopp Schmuttel-Fritze“/“Stop Vuile Freddie“ 2009-2010 in Schulen erfolgreich umgesetzt



Übertragbarkeit

Empfehlung: Zusammenarbeit intern zwischen Infektionsschutz und KGK (Public Health)

Materialien und Konzepte sind zugänglich über:

www.eursafety.eu

www.lzg.gc.nrw.de (=> MRE-Netzwerke)

Umsetzung

Einheitliche Maßnahmen

Surveillance: Aufbau eines einheitlichen Erhebungs- und Meldesystem zur MRSA-Häufigkeit (Infektion, Behandlung) in den acht Krankenhäusern

Screening: einheitliche Screening-Standards

Patienteninformation: einheitlicher Standard zur Information bzw. Schulung von Patienten und Angehörigen.

Hygienemaßnahmen: Standardisierung der Hygienemaßnahmen

MRSA-Prävalenzerhebung: ca. 2 % der Pat. tragen MRSA



Verleihung des EurSafety-Qualitätssiegels EQS 1 an alle 8 Krankenhäuser im Kreis Wesel am 9.06.2011

Kontakt

Kreis Wesel
Fachdienst Gesundheitswesen
Dr. Rüdiger Rau
Mühlenstr. 9-11
47441 Moers

ruediger.rau@kreis-wesel.de
Telefon 02841 / 202-1120
Fax 02841 / 202-1114

Anhang II

Die gesetzliche Grundlage der Kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW

Die kommunale Gesundheitskonferenz ist im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) – in Kraft getreten am 01.01.1998 - verankert und somit gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommune. Im Folgenden werden die in diesem Zusammenhang relevanten Paragraphen des Gesetzes – z. T. auszugsweise – zitiert.

§ 6 - Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörde

In § 6 weist das Gesetz der unteren Gesundheitsbehörde (= Gesundheitsamt) – neben anderen Aufgaben wie der „Mitwirkung an der Gesundheitsförderung, Prävention und dem Gesundheitsschutz“ und der „Gesundheitsberichterstattung“ - die Aufgabe der „ortsnahen Koordinierung der gesundheitlichen Versorgung“ zu.

§ 7 – Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsschutz (Grundsatz)

„(1) Die untere Gesundheitsbehörde wirkt an der Gestaltung gesundheitsförderlicher Umwelt-, Arbeits- und Lebensverhältnisse und an der Förderung gesundheitsdienlicher Lebensweisen durch Gesundheitsaufklärung und Gesundheitsbildung, an der Verhütung von Gesundheitsgefahren und Krankheiten und an einer möglichst frühzeitigen Erkennung von Gesundheitsschäden mit.

(2) Die untere Gesundheitsbehörde hat unter Beachtung der Vielfalt der Methoden und Träger auf der Grundlage der Gesundheitsberichte nach § 21 vorrangig die Planung und Umsetzung der Gesundheitsförderung und Prävention zu koordinieren und gegebenenfalls auf zusätzliche Aktivitäten der in der Gesundheitsförderung und Prävention tätigen Institutionen, Organisationen und Gruppen hinzuwirken.

(3) Die untere Gesundheitsbehörde soll die Arbeit der im Gesundheitsbereich tätigen, in ihrer Zielsetzung und Aufgabendurchführung freien Selbsthilfegruppen fördern und mit ihren Vereinigungen und Zusammenschlüssen zusammen arbeiten. [...].

(4) Die untere Gesundheitsbehörde arbeitet im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsschutz mit den anderen zuständigen Behörden, insbesondere mit denen für Arbeits- und Umweltschutz, zusammen“.

§ 21 – Kommunalen Gesundheitsbericht

„Die untere Gesundheitsbehörde erstellt zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 6 regelmäßig Gesundheitsberichte auf der Grundlage eigener und in der Gesundheitskonferenz beratener Erkenntnisse. [...]“

§ 23 – Koordination

- „Die Koordination insbesondere der
 - kommunalen Gesundheitsberichterstattung,
 - Gesundheitsförderung,
 - Umweltmedizin,
 - psychiatrischen und Suchtkrankenversorgung,
 - medizinisch-sozialen Versorgung älterer Menschen,
 - Aufklärung, Beratung und Versorgung zu AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten
- ist als eigenständige Aufgabe wahrzunehmen. Hierzu gehört auch die Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz und ihrer Arbeitsgruppen.“

§ 24 – Kommunale Gesundheitskonferenz

„(1) Der Rat oder der Kreistag beruft die Kommunale Gesundheitskonferenz von Vertretern und Vertreterinnen der an der Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung der Bevölkerung Beteiligten, der Selbsthilfegruppen und der Einrichtungen für Gesundheitsvorsorge und Patientenschutz ein. [...]. Mitglieder des für Gesundheit zuständigen Ausschusses des Rates oder des Kreistages gehören der Kommunalen Gesundheitskonferenz an. [...].

(2) Die Kommunale Gesundheitskonferenz berät gemeinsam interessierende Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf örtlicher Ebene mit dem Ziel der Koordinierung und gibt bei Bedarf Empfehlungen. Die Umsetzung der Empfehlungen erfolgt unter Selbstverpflichtung der Beteiligten.

(3) die Kommunale Gesundheitskonferenz wirkt an der Gesundheitsberichterstattung mit. Der Gesundheitsbericht wird mit den Empfehlungen der Kommunalen Gesundheitskonferenz dem Rat oder dem Kreistag zugeleitet.“

Platz für Ideen und Schlussfolgerungen für die eigene KGK

Bei Fragen zu Inhalten dieser Publikation stellt das LZG.NRW gerne den Kontakt zu den Autoren her. Wenden Sie sich in diesem Fall bitte an:

Landeszentrum Gesundheit NRW
Fachgruppe Prävention und Gesundheitsförderung
Herrn Wolfgang Werse
Westerfeldstraße 35/37
33611 Bielefeld

E-Mail: wolfgang.werse@lzg.nrw.de

Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen

Westerfeldstraße 35/37
33611 Bielefeld
Telefon: 0521 8007-0
Telefax: 0521 8007-3200
poststelle@lzg.nrw.de
www.lzg.nrw.de

